

# Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Ulrich Busch ..... Fünf vor zwölf  
Günter Hayn ..... Partei der Funktionäre  
Eckhard Mieder ..... Im europäischen Sandkasten  
Franz Schandl, Wien ..... Versicherung und Verunsicherung  
Sarcasticus ..... US-Interventionsmüdigkeit – Phänomen oder Phantom?  
Uli Gellermann ..... Ein schwarzer Bürgermeister auf Mallorca  
Heino Bosselmann ..... Freundlichkeit und Toleranz  
Henryk Goldberg ..... Wir Rentner haben es satt!  
Erhard Weinholz ..... Wanderlust. Am Wegrand notiert  
Wolfgang Brauer ..... Erlesenes – Der Wiener Kongress und Otto von Bismarck  
Heerke Hummel ..... Illusionen und Hoffnungen sterben zuletzt  
Hubert Thielicke ..... Völkerrecht konkret  
Frank Ufen ..... Das Zipfsche Gesetz  
Mathias Iven ..... Die Sendung der Philosophie  
Reinhard Wengierek ..... Querbeet (LVII)  
Thomas Behlert ..... Jedes Bild ein wunderbares Unheil  
Clemens Fischer ..... Film ab  
XXL: Pierre Daum ..... Einmal Harki, immer Harki  
Vor 90 Jahren: Lothar Persius ..... Für oder gegen deutsche Kolonien?

18. Jahrgang (XVIII)

N<sup>o</sup> 13

22. Juni 2015

Erscheint jeden zweiten Montag:

[www.das-blaettchen.de](http://www.das-blaettchen.de)

---

<b>Ulrich Busch: Fünf vor zwölf</b> .....	1
<b>Günter Hayn: Partei der Funktionäre</b> .....	3
<b>Eckhard Mieder: Im europäischen Sandkasten</b> .....	5
<b>Franz Schandl, Wien: Versicherung und Verunsicherung</b> .....	6
<b>Sarcasticus: US-Interventionsmüdigkeit – Phänomen oder Phantom?</b> .....	7
<b>Uli Gellermann: Ein schwarzer Bürgermeister auf Mallorca</b> .....	9
<b>Heino Bosselmann: Freundlichkeit und Toleranz</b> .....	10
<b>Henryk Goldberg: Wir Rentner haben es satt!</b> .....	12
<b>Erhard Weinholz: Wanderlust. Am Wegrand notiert</b> .....	13
<b>Wolfgang Brauer: Erlesenes: Der Wiener Kongress und Otto von Bismarck</b> .....	15
<b>Heerke Hummel: Illusionen und Hoffnungen sterben zuletzt</b> .....	17
<b>Hubert Thielicke: Völkerrecht konkret</b> .....	19
<b>Frank Ufen: Das Zipfsche Gesetz</b> .....	21
<b>Mathias Iven: Die Sendung der Philosophie</b> .....	22
<b>Reinhard Wengierek: Querbeet (LVII)</b> .....	24
<b>Thomas Behlert: Jedes Bild ein wunderbares Unheil</b> .....	26
<b>Clemens Fischer: Film ab</b> .....	28
<b>Antworten</b> .....	28
<b>Bemerkungen</b> .....	30
<b>XXL: Pierre Daum: Einmal Harki, immer Harki</b> .....	36
<b>Vor 90 Jahren: Lothar Persius: Für oder gegen deutsche Kolonien?</b> .....	41
<b>Impressum</b> .....	45

---

## Fünf vor zwölf

von *Ulrich Busch*

Wenn die Uhr fünf Minuten vor zwölf anzeigt, bedeutet dies noch lange nicht, dass damit unwiderruflich das Ende eingeläutet sei, meinte Gregor Gysi am 18. Juni 2015 mit Blick auf die griechische Schuldenproblematik. Schließlich komme danach noch vier vor zwölf, drei vor zwölf, zwei vor zwölf und so weiter, es bliebe also noch genügend Zeit, um im Schuldenstreit zu einer Einigung zu kommen. Das mag stimmen, gleichwohl wird es mit jedem Tag, der verstreicht, ohne dass sich etwas bewegt, immer unwahrscheinlicher, dass es noch zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Allzu fest sind die Positionen inzwischen gefahren und haben sich die Meinungen verhärtet. Auch ist es den Verhandlungspartnern kaum mehr möglich, die im Schuldenpoker eingenommenen Standpunkte wieder aufzugeben, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Dies gilt sowohl für die griechische Regierung, die bei einem Einlenken das Vertrauen ihrer Wähler und damit ihr Mandat verlöre, als auch für den IWF, die EZB und die Europäische Kommission, die, gäben sie substanziiell nach, die Konsequenzen eines folgenreichen Präzedenzfalles zu tragen hätten. Dabei handeln beide Seiten keineswegs in einem theorie- und ideologiefreien Raum, sondern werden in ihren Positionen von bestimmten Grundsätzen und Paradigmen geleitet, die sie nicht einfach aufgeben können. Zudem sind im Zeitverlauf einige bemerkenswerte Verschiebungen in den jeweiligen Positionen eingetreten und einige Paradoxien zu beobachten.

Dazu zählt die schwer zu erfassende Wahrheit, dass die Verhandlungsmacht Griechenlands mit der Zunahme des Schuldenstandes nicht etwa geringer, sondern größer wird, während die

der Gläubiger in gleichem Maße sinkt. Das griechische Schuldendrama ist dadurch schon jetzt zu einem lehrbuchreifen Beispiel für den klassischen Fall einer eskalierenden Verschuldung mit paradoxen Folgen geworden: Grundsätzlich gilt, dass die Gläubiger im Falle einer verhältnismäßig geringen Schuld dazu neigen, ihre Forderungen mit Zwang und Gewalt durchzusetzen. Im Extremfall würden sie nicht einmal davor zurückschrecken, den Schuldner, sofern er nicht zahlt, ökonomisch und physisch zu vernichten. Ist die Schuld aber größer, so verändert sich ihr Verhalten und verkehrt sich unter Umständen geradezu ins Gegenteil. Eine extrem hohe Verschuldung bewirkt schließlich, dass sich die Gläubiger um das Wohl des Schuldners sorgen und nichts weniger wollen als seine Vernichtung. Lieber helfen sie ihm, wieder auf die Beine zu kommen, damit er irgendwann in der Lage ist, seine Schulden doch noch zu bedienen. Und *darum* geht es ihnen letztlich, nicht etwa um die komplette Rückzahlung der Schuld. Dieser Sinneswandel der Gläubiger erscheint paradox und wird gern als Ausdruck christlicher Nächstenliebe oder europäischer Solidarität ausgegeben. Er ist jedoch allein der ökonomischen Logik geschuldet: Wird der Schuldner zu sehr gedrückt oder gar vernichtet, kann er seine Zinsen und Raten nie mehr bezahlen. Erhält er aber eine Chance, erfolgreich zu wirtschaften, so fließt auch wieder Geld und der Schuldendienst kann weitergehen.

Darum und um nichts anderes geht es auch im griechischen Schuldendrama. Verfolgt man dagegen die Berichterstattungen in den Medien, so erhält man ein gänzlich anderes Bild. Da ist viel von „Solidarität“ und von „politischer Fairness“ die Rede, von „Hilfen für die Griechen“ und von „Zahlungen an Griechenland“. Mitunter entsteht sogar der Eindruck, die deutschen, französischen, italienischen und anderen europäischen Steuerzahler hätten bereits ein „Solidaropfer“ für das griechische Volk erbracht und wären mit weiteren Zahlungen nun überfordert. Tatsächlich aber hat all dies gar nicht stattgefunden. Was es gab, war ein Schuldenerlass, wodurch die Forderungen von Banken, Versicherungen und anderen privaten Gläubigern (griechischer Papiere) reduziert wurden. Die normalen Steuerzahler wurden davon jedoch nicht tangiert. Die Forderungen, um die es jetzt geht, beziehen sich auf Kredite, die Griechenland im Rahmen europäischer Hilfsprogramme sowie vom IWF und von der EZB gewährt worden sind. Die Staaten (und damit indirekt die Steuerzahler) haften dafür durch *Garantieerklärungen*, die im Falle einer Nichtbedienung der Kredite zu schwer einbringbaren, also „faulen“ Forderungen werden würden. Ihr Umfang ist freilich beträchtlich: Deutschland haftet für Kredite in Höhe von 87 Milliarden Euro, in Frankreich sind es 66,5 Milliarden, in Italien 58 Milliarden. Das sind hohe Summen, die im Ernstfall als Belastungen in die Staatshaushalte eingestellt werden müssten.

Der Fehler bei ihrer Beurteilung besteht aber schon darin, dass immer von einer „Rückzahlung“ der Kredite ausgegangen wird. Staatsschulden werden aber niemals zurückgezahlt, auch in Deutschland nicht, sondern sie revolvieren, indem alte Schulden durch neue, das heißt durch neu aufgenommene Kredite, ersetzt werden. Dabei orientiert sich die Neuverschuldung in der Regel am ökonomischen Wachstum, so dass die Gesamtverschuldung im Zeitverlauf absolut zunimmt, die Relation zur Wirtschaftsleistung, die Staatsschuldenquote, aber in etwa stabil bleibt. Dies gilt auch für die griechischen Staatsschulden, wofür der deutsche Staat bürgt. Sollten diese nicht mehr bedient werden, brauchte man sie deshalb aber keineswegs vollumfänglich abzuschreiben, sondern könnte über ihre Bedienung politisch verhandeln, sie umschulden oder solidarisch kürzen. Die Finanzpraxis kennt für den Umgang mit einem Staatsbankrott und den Folgen mannigfache Lösungsformen.

Völlig blödsinnig ist es aber, die ausstehenden Summen rechnerisch auf die Bevölkerung umzulegen und so zu tun, als würden die Einwohner Europas dafür aufkommen müssen. Man denke auch, dass die Banken- und Finanzkrise 2008 den deutschen Staat ein Vielfaches von dem gekostet hat, was uns die griechische Tragödie kosten könnte. Allein die Rettung der *Hypo Real Estate* kostete den Staatshaushalt zum Beispiel 19,1 Milliarden Euro. Aber auch dieses Geld ist nicht komplett verloren, sondern fließt zumindest teilweise zurück, auch wenn das einige Zeit dauert. Ähnlich verhielte es sich mit den griechischen Staatsschulden. – Aber so weit ist es noch nicht. Vielleicht obsiegt bei den laufenden Verhandlungen die ökonomische Vernunft und es wird, wenn es vier vor zwölf ist, weiter verhandelt. – Und dann kommt drei vor zwölf und so weiter.

# Partei der Funktionäre

von Günter Hayn

Vor dem Bielefelder LINKEN-Parteitag berichtete *neues deutschland*, dass das Forum demokratischer Sozialismus (fds) – eine Strömung in der Partei, die sich selbst als „Reformflügel“ sieht – zu einem „Strömungsratschlag“ kurz nach dem Parteitag eingeladen habe. Zum Forum gehören Politiker wie der ob seiner Mitgliedschaft in der „Atlantik-Brücke“ umstrittene Stefan Liebich, der thüringische Strippenzieher Benjamin-Immanuel Hoff, die Funktionärsriege des Berliner Landesverbandes ist fds-dominiert. Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der LINKEN, trat dem „Forum“ erst 2014 offiziell bei, obwohl er als einer der Gründungspaten gelten muss. Die Gründung erfolgte am Rande des Bundesparteitags der PDS im Oktober 2002 in Gera, als infolge der Wahlschlappe wenige Wochen zuvor – die PDS war nur noch dank zweier Direktmandate im Parlament vertreten – die Parteitagmehrheit einen deutlich radikaleren Kurs forderte und als dessen Protagonistin – ein grandioser Irrtum! – die thüringische Landesvorsitzende Gabi Zimmer zur Bundesvorsitzenden wählte.

Nachdem sowohl Petra Pau, eine der überlebt habenden Bundestagsabgeordneten, als auch Bundesgeschäftsführer Bartsch erklärt hatten, „unter Zimmer“ keinesfalls mitwirken zu wollen, verweigerten unisono alle „reformorientierten“ Politiker eine Vorstandskandidatur. Die Partei stand am Abgrund, die Spaltung schien nur noch eine Sache von Minuten. In dieser Situation wurde auf einer der Freitreppen im Foyer des Geraer Kulturpalastes mit der Verabredung zur Gründung eines „Forums zweite Erneuerung“ die Keimzelle des fds geschaffen. Im Mai 2003 trat nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen, selbst der Mitarbeiterapparat des Karl-Liebknecht-Hauses verweigerte zu großen Teilen dem gewählten Bundesvorstand die Gefolgschaft, die Bundesvorsitzende zurück. Der „linke Flügel“ hatte sich selbst an den politischen Rand katapultiert. Lothar Bisky konnte einen einigermaßen aufgeräumten Laden übernehmen. Zimmer wurde nach Brüssel abgeschoben. Eine von ihrer damaligen Anhängerschaft begründete Strömung namens „Geraer Dialog“ spielt in der Partei nur eine Nebenrolle.

Was oft vergessen wird: Das Debakel der PDS begann nicht in Gera. Gera war im Kern eine – die Wahlniederlage wirkte nur katalytisch! – Konsequenz der nicht durchgestandenen Auseinandersetzungen des Münsteraner Parteitags im April 2000. Da ging es natürlich auch schon um die Frage des Regierens oder Mitregierens auf Länderebene. In Berlin bereiteten einige Strategen den Sturz der CDU-geführten Großen Koalition vor. Zum großen Knall kam es, als der Parteitag Gregor Gysi die Gefolgschaft verweigerte, der einen Vorstoß des Bundesvorstands argumentierte, künftig „Blauhelm“-Einsätze der Bundeswehr zu ermöglichen. Der Antrag fiel durch, der Parteivorstand tauchte ab. Der Parteitag schien einige Zeit handlungsunfähig und stand vor der Selbstauflösung.

Mit der am 25. März 2007 erfolgten Parteifusion mit der WASG Oskar Lafontaines, die sich auch wahlmäßig als Coup erwies, 2009 erreichte DIE LINKE aus dem Stand 11,9 Prozent, geriet das fds zunehmend in die Defensive und versuchte, zumindest unter Ausnutzung seiner personellen Netzwerke die ostdeutschen Bastionen zu sichern. Mit Erfolg: Wer im Osten „mit links“ politische Karriere machen möchte, tut gut daran, sich mit den Herrschaften nicht allzu direkt anzulegen. Einen gewissen Einfluss übt noch die „Emanzipatorische Linke“ aus, der auch die Parteivorsitzende Katja Kipping angehört. Die „Ema.Li“ verfolgt einen Reformkurs, der sich am „Prager Frühling“ orientiert und als Referenzprojekt die Durchsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens favorisiert.

Der Feind „an sich“ ist für viele fds-Anhänger allerdings die „Antikapitalistische Linke“ (AKL), die von Tobias Pflüger und Ulla Jelpke repräsentiert wird und einen strikt auf Systemwechsel abzielenden Kurs fährt. Die politischen Gegensätze, die die Linkspartei immer wieder in eine Zerreißprobe treiben, sind deutlicher als mit diesen beiden Polen nicht zu beschreiben. Das vor einiger Zeit benutzte Kürzel „Bartschisten versus Stalinisten“ ist eine begriffliche Unsauberkeit sondergleichen – bringt es aber, was die Schärfe der Auseinandersetzungen angeht, auf den Punkt.

Beider Strömungen Einfluss ist nicht ausreichend, die Gesamtpartei „auf Kurs“ zu bringen. Er reicht aber aus, um sich gegenseitig die Füße wegzuhauen: Auf dem Europa-Parteitag in Hamburg im März 2009 erzielten weder Tobias Pflüger (AKL) noch Dominic Heilig (der damalige Frontmann des fds) einen für den Einzug in das Europäische Parlament aussichtsreichen Listenplatz. Ansonsten war diese Liste – wie alle anderen zu anderen Wahlgängen auch – „strömungspolitisch ausgewogen“, wie es auf Linksparteichinesisch heißt. So etwas wird in der Regel vorher ausgeküngelt. Nur bei manchen Symbolfiguren wie Pflüger, Heilig oder eben auch Dietmar Bartsch geht das gelegentlich schief. Allerdings ging im Rahmen der Auseinandersetzungen um Oskar Lafontaine zu Beginn des Jahres 2010 auch Gregor Gysi öffentlich zu Bartsch auf Abstand. Der unterlag denn auch im Ringen um den Parteivorsitz neben Katja Kipping dem bis dato außerhalb Baden-Württembergs kaum bekannten Bernd Riexinger.

Auch vor dem Bielefelder Parteitag kam es in Sachen „out-of-area-Einsätze“ der Bundeswehr zu argumentatorischen Zuspitzungen, als wiederum Gysi die Option einer möglichen Linksparteizustimmung zu Kriegseinsätzen in einem *taz*-Interview ins Spiel brachte. Das ist nicht unbedingt politischer Bockigkeit geschuldet – das ist die Gretchenfrage einer seitens der Linkspartei sehnsüchtig herbeigewünschten Regierungstauglichkeit auf Bundesebene. Nachdem die Partei über viele Monate hinweg bei den sonntäglichen Umfragen bei acht bis neun Prozent herumdümpelte, riss sie Anfang Juni 2015 bei Emnid und Forsa wieder die Zehn-Prozent-Latte. Rot-rot-grün käme aktuell auf 45 Prozent. Das befördert Tagträume. Allerdings ignorieren die „richtig roten“ Strategen tapfer, dass die gegenwärtige Koalition immer noch auf 65 Prozent Zustimmung käme. Auf den deutschen Politik-Wiesen duftet es in diesem Frühjahr nicht nach dem zarten Kräutlein „Wechselstimmung“.

Offen ist, wie es nach dem im Herbst bevorstehenden Rückzug Gregor Gysis weitergeht. Andreas Wehr, auch ein geschickter Konspirateur, orakelte in der *jungen welt*, dass die Richtungsauseinandersetzung in der Partei mit Gysis Rückzug nicht beendet sei, „sondern jetzt erst richtig begonnen“ habe. Die Zeichen der Partei werden tatsächlich von der Bundestagsfraktion gesetzt. In den Ländern ist es nicht anders. Die Vorstände spielen nur eine formale Rolle. Und da stehen die beiden, einander scheinbar ausschließenden Namen: Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht. Letztere kommt aus der inzwischen eher marginalisierten Kommunistischen Plattform (KPF), gilt aber als Integrationsfigur des linken Flügels.

Zwei Tage nach dem Parteitag meldete die *dpa*, dass Bartsch und Wagenknecht „bereit“ stünden. „Offiziell“ würde es aber erst eine Woche später werden – und gewählt werde ohnehin erst am 13. Oktober. Die Strömungsstrategen scheinen begriffen zu haben, dass die Friedenspfeife nötig ist. Man dürfe zwar nicht die „Mitglieder von Strömungen allein auf Personalquerelen oder Machtansprüche [...] reduzieren“, so das fds, aber ein gemeinsames Fundament erfordere „auch einen anderen, durch Solidarität gekennzeichneten Umgang miteinander“. Dazu sollen „regelmäßige Treffen“ dienen. Auf denen werden dann die „Dinge des Lebens“ abgekaspt werden.

Die Partei hatte per 31.12.2014 noch 60.551 Mitglieder, nur etwas unter 4.000 davon gehörten Strömungen und ähnlichen Netzwerken an, darunter aber zahlreiche Funktions- und Mandatsträger. Das Gewicht von Parteitagern auf Bundes- und Landesebene soll also weiter beschnitten werden. Transparenz geht anders. Behauptet wird das Gegenteil: Organisierte Strömungen seien wichtig, „um Debatten transparent zu führen“ – sagen die Strömungen. Man kann das auch anders sehen. Hier formiert sich eine klassische Kaderpartei, die das eigene Parteivolk allenfalls noch für die Wahlkämpfe benötigt. Setzt sich dieser Politikstil durch, muss man von einer schleichenden Re-Stalinisierung sprechen.

Das vom fds angedrohte „Strömungstreffen“ fand am 12. Juni in Berlin „in angenehmer und offener Atmosphäre“ statt, heißt es in der Abschlusserklärung. Das kennt man von früher. Neu ist: Man sei sich einig, dass in der LINKEN „eine neue Kultur des Umgangs angestrebt werden sollte“. Das ist im Konjunktiv gehalten. Sind die eigentlich noch in derselben Partei?

# Im europäischen Sandkasten.

## Nachrichten aus der Debattiermaschine (XXXVI)

von Eckhard Mieder

Übel wird mir, denk ich dran. Als ich vor über vier Jahrzehnten als Soldat der Nationalen Volksarmee, anderthalb Jahre Ehrendienst zwischen den Kiefern Brandenburgs, die eine und die andere Übung mitmachte, dachte ich das Wort „Scheiße“ ungefähr eine Million Mal am Tag.

Nicht, dass ich sonderlich gezweifelt hätte. Dass ich meine Heimat zu verteidigen hätte, und dass dafür ein Handwerk erlernt und ein Rüstzeug zugelegt werden musste, schien mir logisch. Der Feind stand im Westen ungefähr so bedrohlich wie für die Jungs im Westen der Feind im Osten stand. Nehme ich an. Es ist seit alters her – sollte ich sagen: seitdem es Brudermord und Kriege gibt? – eine ziemliche Unmöglichkeit, mit einem Feindbild erzogen worden zu sein und zugleich sich selbst als Feind des Feindes vorzustellen. Wer das kann, wird der Begründer des Weltfriedens. Er (oder sie) sei erstens von mir herzlich begrüßt und geehrt und bewundert. Zweitens würde ich vor Glück zerspringen, gäbe es den. Ich bin altmodisch und würde auf die Pionier-Ehrenwort-Frage, was ich mir am sehnlichsten wünsche, tatsächlich noch immer antworten: Frieden allüberall ...

Trotzdem dachte ich damals das Wort „Scheiße“. (Vielleicht nur eine halbe Million Mal; ich war ein Junge mit guter Kinderstube.) Und warum? Weil es bei allem Sinn, der mir erzählt wurde, durchaus sinnlos und unangenehm war. Die damaligen Übungen fanden im Frühling oder im Herbst statt. In meiner Erinnerung war es kalt, feucht; wir waren müde und aßen aus klapperndem Geschirr Suppen, die wir nur deshalb aßen, weil wir jung waren und Knast hatten, und wärmten die Hände am Blech. Nun ja.

Nun ja, es wurde der E-Fall simuliert, der Ernst-Fall. Das war *der* Fall, der einträte, wenn die Oma von der Ofenbank aus ihrer Stube gezerzt, der volkseigene Betrieb überrannt, die Freundin (so es sie gab) vergewaltigt, der Staat, der Bildung und Gesundheit ermöglichte, vernichtet wird – wenn all das, was einem lieb war, zermalmt würde zwischen den Zähnen des Imperialismus.

Warum der E-Fall voraussichtlich an kalten, feuchten Tagen stattfinden würde, für die wir trainiert wurden, erschließt sich mir bis heute nicht. Wird meteorologischer Zufall gewesen sein. Und, geht mir grad so durch den Kopf: Die Jungs, die da grad in Polen ein bisschen Krieg spielen, als „Speerspitze“, wie ich lese, und nur zu „defensiven Übungszwecken“, haben besseres Wetter. Sommerwetter. Vermutlich haben sie auch bessere Verpflegung, kalte Cola am Abend, eventuell ein Bierchen. Und netteres Publikum haben sie sowieso: Mehrere europäische Verteidigungsministerinnen statt der sauertöpfischen Leutnants und Obristen schauen zu; da geht einem Soldaten doch der Knopf auf! Da reißt man sich doch zusammen! Dem Weibe, ob nah ob fern, zeigt ein richtiger Kerl seine Schwäche nicht! Vielleicht sind wir Männer nur deshalb Soldaten, weil wir – ach, was weiß ich! – Ich schweife ab.

Die Simulation eines Krieges, einer Schlacht, eines Gefechts – ich gehe mal rückwärts vom Großen zum Kleineren. Ein Soldat stirbt nicht in einem Krieg (der später im Geschichtsbuch steht), sondern in einer sehr konkreten Sekunde, nachdem er einen sehr konkreten Befehl befolgt und indem er das außerordentliche Pech hat, von einer konkreten Kugel, von einem konkreten Granatsplitter, von einer konkreten Mine getötet zu werden. Oder er schafft es umgedreht, vorher, also bevor es ihn erwischt, seinem Menschen-Bruder (seiner Menschen-Schwester) eine Kugel in Kopf, Leib, Steißbein, Gelenk (Liste ist nach Belieben fortzusetzen) zu schießen. Also:

Diese Simulation des Kämpfens geht logischerweise davon aus, dass man selber überlebt. Sonst wäre es kein Manöver. Sonst könnte man ja gleich richtig Krieg machen. Sonst würde eine Armee, eine Kompanie, eine Gruppe – wieder mal vom Großen zum Kleinen – geschwächt werden, wenn die Übung der E-Fall wäre. Das will niemand. Außer der Feind. Der ist quasi realer als man selber ist.

Um den geht es schließlich. Ob der nun angreifen wird (der Russe greift immer an!), ob wir ihn angreifen müssen (der Westen, die NATO, meine ich jetzt, und dieser Angriff ist die beste Verteidigung, weiß man vom Schach) – ein bisschen Üben vorher ist immer gut. Wegen, siehe oben, Handwerk und Rüstzeug.

Und so im Großen und Ganzen spielt es keine Rolle, dass – auch nichts Neues; es macht mich, ehrlich, fertig, dass das immer gleiche Spiel der Blöðheit, Lüge, Manipulation gespielt wird, dass aus dem Qualm der Granaten, bumbum im Felde des Manövers, ein Gespenst aufsteigt. Es ist ausnahmsweise nicht das Gespenst des Kommunismus (obwohl man Putin auch schon in diesem Gewand gesehen hat; sagen die westlichen Geheimdienste), sondern der Ungeist des ... ja was? des Kapitals?

Oder geht es doch nicht um Verteilungsinteressen, Machtinteressen, Popanze westlich und östlich der Grenzen auf einem grenzenlosen Planeten – wollen wir alle nur ein bisschen Krieg? – da einen, hier keinen – also wer nun gegen wen, und warum der ganze Scheiß – aber ich kann mich beruhigen: Es sind ja nur Sandkastenspiele.

---

---

## Versicherung und Verunsicherung

von Franz Schandl, Wien

Der neueste Hit ist Springers *Welt* zu entnehmen. „Nur die Rente mit 74 kann Deutschland noch helfen“, heißt es dort. Und das im Land der durchökonomisierten Kriegsgewinnler und Exportweltmeister. Die durchschnittliche Lebenserwartung in meinem Wiener Wohnbezirk Margareten liegt übrigens laut neuester Statistik bei gerade mal 74 Jahren. Arbeiten, bis man tot umfällt, das ist es! Der Pensionsexperte Bert Rürup, ein Köhner seines Faches, wiederum meint in der Wiener *Presse*, dass der „Leidensdruck nicht groß genug ist“. Das niedrigere Frauenpensionsalter sei an das höhere männliche anzupassen. Da wird gegendert, dass es eine Freude ist. Natürlich sei das Pensionssystem nicht finanzierbar, daher müssten die Renten anderweitig, also privat, finanziert werden.

Wer es sich leisten kann, versichert sich. – Nur, ist man es dann auch? Wenn man die aktuellen Um- und Zusammenbrüche im Banken- und Versicherungssektor so anschaut und ein bisschen kombiniert, dann sollte man das bezweifeln. „Ja, wenn man es ihnen gesagt hätte, dass sie auch das gesamte Geld verlieren könnten, dann hätten sie ...“ – So ungefähr beginnen die rührseligen Geschichten, die durch die Dokumentationen der Medien laufen. Geprellte Pensionisten stehen dann vor einem Scherbenhaufen und verstehen die Welt nicht mehr.

Platz eine große Blase, platzen viele kleine Blasen mit. Das verdiente Geld erweist sich als nicht mehr vorhanden, es hat sich in Luft aufgelöst. Futsch ist es. Manche private Vorsorge enttarnt sich als das Pyramidenspiel, das es ist. Sollte sich herausstellen, dass die Fonds und Versicherungen selbst unzureichend versichert gewesen sind oder sonst was nicht so richtig nach Vorstellung gelaufen sein, dann ist die Vorstellung, zu mehr Geld zu kommen, ja selbst die Vorstellung, das Eingelegte zurück zu erhalten, erledigt. Die Vorstellung ist sodann eine Halluzination gewesen. Und selbst wenn Vater Staat die Kleinen (wie die Großen) vor dem Bankrott retten sollte (was er freilich nur bis zu einem gewissen Maß kann), hieße das doch, dass diese Verluste sozialisiert werden müssen. Bleiben sie das eine Mal an den Versicherten hängen, hängen sie das andere Mal an den Steuerzahlern. Passiert derlei zu oft, dann hängt sich das Betriebssystem an seinen Überforderungen auf.

Sicher ist, dass man zahlen muss, nicht sicher ist, ob man zahlen kann. Das macht das bürgerliche Leben unlustig, weil eins permanent nach Geld gieren muss. Der Schritt von der Versicherung zur *Verunsicherung* ist jedenfalls getan. Nur die flächendeckende Propaganda vermag diverse Ängste zu verdrängen, indem sie permanent Hoffnungen auf satte Gewinne schürt. Es gelte vorzusorgen, der Staat kann nicht mehr, aber der Markt kann immer. Gerade eben peitscht

man die Menschen wieder in die private Vorsorge, den flächendeckenden Kampagnen ist kaum zu entkommen. Dort jedoch droht die Enteignung. Die dritte Säule entpuppt sich als Pappe. Und die Pappenheimer stehen dann da und jammern...

Wahrheit kann nicht verbreitet werden, weil geschäftsschädigend. Fiktiv wie das Kapital sind auch dessen Versicherungen. Werbung ist Täuschung. Indes, Lügen haben zwar lange Beine, aber gelegentlich stolpern sie, weil Wahrheit sich brachial Gehör verschafft und als Wirklichkeit durchsetzt. Nicht alle Märchen können überstanden, sprich durch neue kaschiert werden. Lläuft der Kapitalismus heute primär deswegen, weil der Glaube an die Kräfte des Marktes so stark verankert ist? Möglicherweise. Je öfter die Ökonomie in Leerlauf gerät, desto mehr versetzt uns die Ideologie in einen irren Dauerlauf. PR-Abteilungen bombardieren bis in die kleinsten Winkel. Und wir? Wir zahlen drauf, aber glauben daran.

---

## US-Interventionsmüdigkeit – Phänomen oder Phantom?

von Sarcasticus

*Faktisch jedes Land wird mit einer  
militärischen Intervention bedroht,  
in dem die USA ein Ziel ihres war on terror  
ausmachen – ein völkerrechtliche Abnormität,  
die zur militärischen Normalität geworden ist.  
Norman Paech*

Klaus-Dieter Frankenberger, Außenpolitik-Chef der FAZ, informierte dieser Tage die Leser seiner Hauspostille auf der Basis neuester Befragungsergebnisse darüber, dass 50 Prozent der US-Bürger der Auffassung seien, ihr Land solle sich lieber um die eigenen Belange kümmern als um die Probleme anderer Staaten. Darin, schrieb Frankenberger, spiegele sich „eine Interventionsmüdigkeit nach den Erfahrungen in Afghanistan und im Irak“, und er hätte die libysche Lektion durchaus gleich in die Aufzählung einreihen können. Der US-Präsident habe dieses Phänomen seit Beginn seiner zweiten Amtszeit aufgegriffen: „Vorrang hat für ihn die ‚innere Erneuerung‘“.

Ist Frankenberger – nicht was die Einstellung von 50 Prozent der Amerikaner, wohl aber das Handeln der Obama-Administration anbetrifft – schlecht informiert?

Das kann nicht sein.

Oder macht er uns ein X für ein U vor?

Das sollte nicht sein.

Vielleicht aber operiert er auch nur mit einem (militärischen) Interventionsbegriff, für den unterhalb der Schwelle raumgreifender Kriege inklusive Besetzung fremder Territorien (Afghanistan, Irak) und wenigstens massiver Luftangriffe (Libyen, Islamischer Staat) schlicht kein interventionistisches Handeln vorliegt?

Das könnte sein, käme der Variante „ein X für ein U“ allerdings gefährlich nahe.

Denn Fakt ist: Während des Finanzjahres 2014, das am 30. September vergangenen Jahres endete, waren U.S. Special Operations Forces (SOF) in 133 Ländern im Einsatz. Das waren ungefähr 70 Prozent der Staaten der Erde – nach Angaben eines Oberstleutnants Robert Bockholt, Offizier für Öffentlichkeitsarbeit beim Special Operations Command (SOCOM) mit Sitz auf dem Luftwaffenstützpunkt MacDill in Florida. Betrachtet man den Dreijahreszeitraum 2011 bis 2014, dann summieren sich die Länder, in denen SOF *verdeckte Operationen* (black ops) durchgeführt haben, gar auf mehr als 150. Die Missionen reichten von Killerkommandos über Verhaftungszugriffe bis zu Manövern. Doch damit nicht genug: Das laufende Finanzjahr 2015



könnte, wie der investigative US-Journalist und -Autor Nick Turse meint, bezüglich *black ops* „ein Rekordbrecher“ werden.

\*

*Exkurs:* Seit dem 11. September 2001 haben SOF Hochkonjunktur in den USA. Die Gesamtmannschaftsstärke der SOCOM zugeordneten Kräfte hat sich seither von 33.000 auf fast 70.000 mehr als verdoppelt. „Das Kommando ist auf seinem absoluten Zenit“, so General Joseph Votel III, seit August 2014 SOCOM-Chef, der geradezu euphorisch „ein goldenes Zeitalter für Spezialoperationen“ konstatiert. Traditionell verfügen alle vier Teilstreitkräfte der USA über eigene SOF. Den Löwenanteil bilden Einheiten des Heeres – vor allem Ranger und die aus Indochina unrühmlich in Erinnerung gebliebenen Green Berets, aber auch die auf Killer-Einsätze spezialisierte Delta Force. Hinzu kommen Special Tactics Teams der Luftwaffe, SEALs (Akronym aus Sea, Air, Land) der Marine und Spezialkräfte des Marine Corps. SOF-Verbindungsoffiziere sind bereits in 14 US-Botschaften integriert (so in Australien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Israel, Jordanien, Kanada, Kenia, Kolumbien, Polen und in der Türkei); bis 2019 sollen weitere 26 Länder hinzukommen.

\*

Und was treiben die U.S. Special Operation Forces ganz konkret? Zum Beispiel das seit 1980 bestehende Team 6 der SEALs, das aus etwa 200 sogenannten Operatoren bestehen soll? Deswegen spektakulärste Aktion war zweifelsohne die Tötung Osama bin Ladens. Gerade hat die *New York Times* in einer umfänglichen *Reportage* den Schleier der Geheimhaltung über den üblichen Aktivitäten dieser Truppe ein wenig gelüftet und fand eine Einheit, die sich in „eine globale Menschenjagdmaschine“ (a global manhunting machine) verwandelt hat und deren Angehörige etwa in Afghanistan in der Regel erst töteten und allenfalls später realisierten: „Oh, möglicherweise habe ich die Gefahr überschätzt.“

Insgesamt lieferte das Jahr 2014 einen Überblick über weltweite amerikanische SOF-Aktivitäten, der als repräsentativ gelten kann.

Im *Januar und Februar* zum Beispiel führten Angehörige der 7. Special Forces Group und des 160. Special Operations Aviation Regiments ein gemeinsames Training mit den Streitkräften von Trinidad und Tobago durch, während zeitgleich Truppen der 353. Special Operations Group in eine gemeinsame Übung mit der Königlich-Thailändischen Luftwaffe eingebunden und Einheiten der Green Berets in der Dominikanischen Republik im Manöver waren.

Im *März* befanden sich Mitglieder der Spezialkräfte des Marine Corps auf dem Raketenkreuzer USS Cowpens, um „Sicherheit und Stabilität in der indo-asiatisch-pazifischen Region“ zu unterstützen. Im selben Monat befanden sich Angehörige der SOF aller Teilstreitkräfte zur Übung Fused Response in Belize.

Im *April* führten Soldaten der 7. Special Forces Group gemeinsame Luftlandeübungen mit den honduranischen Streitkräften durch, während Angehörige der gleichen Einheit im südlichen Afghanistan verdeckte Operationen ausführten.

Im *Juni und Juli* weilten Mitglieder der 19. Special Forces Group zu einer gemeinsamen Übung mit einheimischen Streitkräften in Albanien, während Delta Force-Kräfte am Kidnapping von Ahmed Abu Khatlala in Libyen beteiligt waren und Green Berets in Irak als Berater im Kampf gegen den Islamischen Staat fungierten. Zur gleichen Zeit führten 26 Mitglieder der 522. Special Operations Squadron mit einem Transportflugzeug vom Typ MC-130 für Spezialoperationen die, wie auf der Website des Air Force Special Operations Command vermerkt ist, „erste ununterbrochene Mission rund um die Welt“ durch; sie dauerte vier Wochen und führte über 28.000 Meilen sowie fünf Kontinente – mit Zwischenstopps unter anderem in Tansania, Sri Lanka und Japan.

Im *August* trainierten Mitglieder der 20. Special Forces Group zusammen mit Elite-Einheiten von Surinam, während eine Delta Force-Aktion in Syrien scheiterte, die den vom Islamischen Staat als Geisel gehaltenen US-Journalisten James Foley retten sollte. (Foley wurde wenig später brutal ermordet.)

Im *September und Oktober* übten 1.200 SOF-Kräfte zusammen mit Einheiten aus den Niederlanden, Tschechien, Finnland, Großbritannien, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden und

Slowenien Häuserkampf, Scharfschützertaktik, Bootsoperationen und Geiselrettung. Angehörige des 75. Ranger Regiments trainierten währenddessen Bunkerknacker in Südkorea.

Im *November* befreiten US-Kommandos acht ausländische Geiseln in Jemen.

Im *Dezember* scheiterte eine ebensolche SEALs-Aktion, auch in Jemen, blutig, wobei zwei Geiseln, darunter der britisch-amerikanische Fotojournalist Luke Somers, sowie acht unbeteiligte Zivilisten zu Tode kamen.

Ob diese Übersicht für 2014 tatsächlich repräsentativ ist, kann letztlich nicht mit Sicherheit gesagt werden, denn zusammenzutragen sind natürlich nur Aktivitäten, über die Medien berichtet haben oder die anderweitig aus Tapet kamen. Für die übergroße Mehrzahl der SOF-Routineoperationen der USA dürfte dies nicht gelten. Trotzdem zeichnet dieser Überblick über SOCOM-Operationen nur eines Jahres, mit den Worten von Nick Turse, das „Bild eines weltbummelnden Kommandos [globo-trotting command] in ständiger Wechselwirkung mit Bündnispartnern in jeder Ecke der Welt“. Anders drückte es der scheidende US-Verteidigungsminister Chuck Hagel im August 2014 aus, als er den Zeitraum von 2011 bis 2014 kurz und bündig so zusammenfasste: „Tatsächlich sind SOCOM und das gesamte US-Militär stärker international engagiert als jemals zuvor – an mehr Einsatzorten und mit einem breiteren Spektrum an Missionen.“

Im Unterschied zur Hälfte der US-Bevölkerung ist „Interventionsmüdigkeit“ im Hinblick auf die Obama-Administration also keineswegs ein Phänomen, ja nicht einmal ein Phantom, sondern – eine Schimäre.

\*

*Nachbemerkung:* Im Jahre 2001, bevor die USA ihren Krieg gegen den Terror begannen und der außerordentlich starke Ausbau der SOF einsetzte, umfasste die offizielle Liste von internationalen Terrororganisationen des U.S. State Departments 23 Positionen – von der Hamas über die IRA und die Taliban bis zu al-Qaida; für letztere rechnete man seinerzeit mit irgendwo zwischen 200 und 1.000 Mitgliedern.

Heute, nach über 13 Jahren offener und geheimer Kriege, weltweiter Überwachung, ungezählter Nacht- und Nebelaktionen, nach gesetzwidrigen Festnahmen, Gefangenenfolter und Tausenden von Tötungen per Drohnen, nicht zu vergessen die dafür verausgabten Abermilliarden an Dollars, sprechen die Resultate für sich selbst: Die Liste des State Departments hat sich um 36 Posten verlängert, und die Taliban sowie al-Qaida operieren nicht nur immer noch in Afghanistan und Pakistan, al-Qaida-Ableger und -Verbündete sind heute vielmehr auch in Mali, Tunesien, Libyen, Marokko, Nigeria und weiteren Ländern aktiv. Und allein für den Islamischen Staat auf den Gebieten Iraks und Syriens, dem die USA samt ihrer Koalition der Willigen durch ihre völkerrechtswidrige Aggression gegen Irak den Boden bereitet haben, rechnete die CIA bereits im September 2014 mit über 30.000 Mann unter Waffen.

Nick Turse' Fazit: „Wenn Geschichte überhaupt einen Anhaltspunkt bietet, dann den, dass das Totalversagen der verdeckten Operationen dazu beiträgt, dass dieses Zeitalter ein ‚goldenes‘ für das U.S. Special Operations Command bleibt.“

---

---

## Ein schwarzer Bürgermeister auf Mallorca

von Uli Gellermann

Ein Präludium klingt aus der barocken Kirche von Alaro, dem kleinen Ort am Fuß des mallorquinischen Tramuntana-Gebirges. Ausgerechnet Dietrich Buxtehudes Komposition weht über den leidenden Jesus in der Kapelle am Eingang, eine Naturhaarperücke bedeckt seinen Kopf, ein grünes, brokatenes Tuch verhüllt seine Lenden. Opferkerzen flackern auf, welche Leiden der Schmerzensmann heilen soll, weiß man nicht. Wahrscheinlich alle. Hier, im Herzen des traditio-

nellen Mallorca, nur wenige Schritte von der Kirche entfernt, ist im Gebäude des Ayuntamiento eine Sensation zu erleben: Der erste schwarze Bürgermeister der Insel – Guillem Balboa.

Fast gestern noch herrschte hier die Partido Popular, die unter dem Ministerpräsidenten Mariano Rajoy nach wie vor die Regierung des gesamten Landes bestimmt und sich nur fälschlich Volkspartei nennt. Die durchweg korrupte, mit der Baumafia verfilzte CDU Spaniens hat bei den Kommunalwahlen im Mai eine Niederlage nach der anderen hinnehmen müssen. Und in vielen Regionen und Gemeinden siegten linke Wahlbündnisse aller Art. In Alaro ist es eine Listenverbindung der Balearischen Sozialisten und der grün-linksregionalistischen Partei MÉS. „Ich bin glücklich“ strahlt der frischgebackene MÉS-Bürgermeister Balboa. Denn „Més per Mallorca“ heißt einfach nur „Mehr für Mallorca“ und mehr, so hofft Balboa, „mehr für den Naturschutz und mehr für die Demokratie“ würde das Bündnis wohl in den nächsten vier Jahren erreichen.

Als Guillem Balboa mit seinen Eltern aus der Diktatur in Äquatorialguinea floh, war er fünf Jahre alt. Seitdem hat sich dort nicht viel geändert. US-amerikanische Ölkonzerne wie Exxon Mobil, Marathon Oil, Amerada Hess und Vanco Energy bestimmen und bestimmen noch heute das politische Klima im afrikanischen Küsten- und Insel-Staat unweit von Kamerun. Der Diktator Teodoro Obiang wurde bei einem Besuch in den USA von der ehemaligen Außenministerin Condoleezza Rice öffentlich mit den Worten empfangen: „Sie sind ein guter Freund und wir heißen Sie herzlich willkommen.“ So ist das mit Freunden, alles weitere kann man bei Angela Merkel erfahren.

Beim offiziellen Regierungswechsel im überfüllten Gemeindesaal des Rathauses sieht man auf der Seite der Konservativen betretene Gesichter. Beifall brandet auf, als festgestellt wird, dass auf der LINKEN Regierungsbank vier Frauen neben zwei Männern sitzen, während auf der RECHTEN nur zwei Frauen zu zählen sind. „Und neben den linken Frauen sitzt auch noch einer wie ich“, freut sich Guillem Balboa, der es in den ersten Jahren als Flüchtling keineswegs immer leicht hatte. „Aber wir verbündeten Linken werden einen Kulturwandel durchsetzen.“ Dass er selbst ein Zeichen für den Kulturwandel ist, versteht sich. Inzwischen ist der 50-Jährige Angestellte der Universidad de las Islas Baleares ein integriertes Mitglied der mallorquinischen Gesellschaft.

Die schweren Verluste der Partido Popular sind nicht zuletzt auf den EU-Merkel-Sparkurs zurückzuführen, der Spanien bisher eine Arbeitslosenquote von 23 Prozent eintrug, von der auch die Lieblingsferieninsel der Deutschen nicht verschont blieb. Die Armut wächst synchron mit den sozialen Kürzungen, deren brutalster Ausdruck die Zwangsräumung von fast einer halben Million Wohnungen ist. Es scheint eine Frage der Zeit zu sein, bis sich in Spanien eine linke Wende à la Griechenland durchsetzen kann. Die nächsten spanischen Parlamentswahlen sind im Dezember dieses Jahres und die sozialen Bewegungen setzen ihre Kämpfe fort.

Im Café am Markt kommen Guillem Balboa und seine Freunde nach dem Regierungswechsel zusammen. Auch der Mann, der die Orgelkonzerte in der Kirche organisiert, sitzt in einem der Rohrssessel auf der Plaza. Ihm ist zuzutrauen, dass er dem Jesus mit der Perücke diese oder jene Kerze zugesteckt hat, um den Wahlsieg von MÉS zu befördern. Immerhin ist die wundertätige Schutzheilige Mallorcass, die „Mare de Déu de Lluc“ (La Moreneta), eine der seltenen schwarzen Madonnen. Warum sollte nicht ein schwarzer Mallorquiner am nächsten, dringend benötigten spanischen Wunder beteiligt sein: der Befreiung des Landes von seinen korrupten Eliten.

*Mit freundlicher Genehmigung des Autors der Rationalgalerie entnommen.*

---

## Freundlichkeit und Toleranz

*von Heino Bosselmann*

Ideologiefreie Zeiten gelten als friedvoll und in Bezug auf das Bewusstsein als ausgereift und erwachsen. Nicht gerade als Ende der Geschichte, aber als Stadium, in dem die großen Lehren aus vorangegangenen verheerenden Konfrontationen endlich gezogen wurden – aus dem

Kalten Krieg und seinem Ausgang im großen Sieg „des Westens“ über das poststalinistische Weltsystem von autoritärer Vormundschaft und planwirtschaftlichem Mangel. Ideologie wird als böses Unwort aufgefasst; andererseits fehlen – im etymologisch verstanden Begriffszusammenhang (*ιδέα, λόγος*) – die großen Ideen. Es heißt, sie sind gefährlich und tendenziell totalitär. An ihre Stelle treten laue Surrogate in Form staatlich alimentierter „Initiativen“ zu Demokratie und Menschlichkeit, mit denen man alles und nichts verbinden kann.

Abgesehen vom neuerlichen Globalkonflikt mit dem Islamismus – als einzig nennenswertem Gegengewicht zum „transatlantischen Bündnis“ –, einigen Querelen mit asiatischer Konkurrenz und Dramoletten um das russische Sicherheitsbedürfnis herrscht Frieden. Europa versuchte sein großes „Projekt“ zu realisieren, eine wirtschaftlich-finanzielle Gleichschaltungs-Integration, die als Völkerverständigung gegen den vermeintlich gefährlichen Nationalismus propagiert wurde – ein Vorhaben, das grandios startete, sich aber zwangsläufig schließlich als das erwies, was es gerade nicht sein wollte, als eine kontinentale Spaltung, vermutlich tückischer, als es die gab. Überall reitet die Troika. Und draußen warten die Flüchtlinge.

Die sich primär weltwirtschaftlich verstehende Politik des Europismus und Globalismus führte zu einem Dämmerzustand des demokratischen Geschäfts. An Landtagswahlen nimmt etwa noch die Hälfte der Bürger teil. Man kann damit leben, ist nur verwundert über die hohe Ernsthaftigkeit der Analysten, für die die Wahlbeteiligung keine Rolle spielt. Aber de jure sind Gewaltenteilung und Bürgerrechte wohl stabil, selbst wenn sie immer weniger lebendig genutzt werden, abgesehen davon, dass sich die längst global agierenden Wirtschafts- und Finanzwelt nicht darum schert. Das System trägt, besser es erträgt sich selbst. Noch.

Unter jungen Erwachsenen begegnen mir vor allem zwei Gruppen. Die einen verstehen sich als „Suchende“ – ein Wort, das mir bei Zwanzig-, Dreißig-, Vierzigjährigen nicht gefällt. Früher waren das Leute, die allzu lange Hermann Hesse lasen; heute sind sie auf dem Weg nach sonstwo – möglichst bis Neuseeland, also auf die andere Seite der Welt, zu den Antipoden, wo schon immer Utopia vermutet wurde. Oder nach Nepal, weil sie dort eine Art Geistheilung erwarten. Soziales Jahr, Bergwaldprojekt, Assistenz in afrikanischen Kinderkliniken – dergleichen gehört für die „Suchenden“ zum Programm. Vieles an der Welt gefällt ihnen nicht, aber sie sind zu distiguiert und zu sanftmütig-freundlich, um sich darüber mit Verve aufzuregen. Nur nicht etwa ideologisch werden! Vielleicht doch lieber noch ein vierwöchiger Klosteraufenthalt oder der Jacobsweg oder eine prophylaktische Kur zur psychosomatischen Stabilisierung, da in den rabiaten Büros das Burn-out-Syndrom droht.

Die anderen sind Pragmatiker. Motto: Ich bin doch nicht blöd! Der Zaster muss stimmen, damit man einen Status erreichen kann, den die Konsumgesellschaft von Eigenheim in einer Stadtrandsiedlung über einen mindestens 1er-BMW bis zum Apple-Shop jedem verheißt. Abschlüsse realisieren, Zertifikate einheimsen, Consultant sein, für Wachstum sorgen. Tatsachemensch sein und sich konkurrenzfähig durchsetzen.

Nur begegnet mir in der ersten wie zweiten Gruppe ein Phänomen, das mich argwöhnisch stimmt – Leidenschaftslosigkeit nämlich. Alle Amplituden so flach, viel Schulterzucken, eher die Kopie elterlicher Entwürfe als das Wagnis des Neuen. Fragt man etwa Abiturienten nach Plänen für die eigene Zukunft, so antworten sie: Ach, weiß nicht so recht. Und man hilft gleich: Ins Ausland? Neuseeland? Soziales Jahr? Bergwaldprojekt? Afrika retten? – Ja, so was vielleicht. Das wäre doch cool.

Während die Praktiker sich stromlinienförmig in die Reproduktionskreisläufe der Verwertung einordnen. Die „Gesellschaft“ (über Grill- und Golfveranstaltungen hinaus), die Demokratie als große Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten, das geschichtliche Herkommen, die Nation gar, das, was früher Identität ausmachte und für die Idee vom eigenen Selbst immer neu geistig inspierte, wurde zu einer terra incognita! Freiheit ja – aber über die Kreditkarte hinaus wofür?

Sollte man darin die Symptome des großen Friedens oder die Zeichen der Gefahr erkennen? Das 1976 vor anderem Hintergrund formulierte Diktum des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde könnte man heute für einen neueren Zusammenhang adaptieren:

*„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher*

Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“

Mit Blick auf die Gegenwart: Inwiefern sind Politik und offene Gesellschaft überhaupt noch in der Lage, Heranwachsende für Werte, Rechte und Pflichten aufzuschließen, die denen im Zuge eines utilitaristisch durchgerechneten Hedonismus einerlei sind, weil sie selbst nie in politischen Konflikten standen und überdies zur trügerischen Freundlichkeit eines auf Laissez-faire reduzierten Toleranzgedankens erzogen wurden? Da ist die Bildung gefordert, heißt es gleich. Aber gerade sie richtet trotz der vermeintlich allen Segen verheißenden Ganztagschule gerade im Politischen wenig aus, insofern sie schon kaum mehr Allgemeinbildung realisiert, sondern sich mit Ziel der „Kompetenzentwicklung“ auf eine Methodenlehre des bloßen Machens beziehungsweise bloßen Meinens beschränkt und ein von kritischer Urteilskraft befreites Menschenbild suggeriert, das zur Stagnationsperiode passen mag, aber kaum konflikttauglich sein dürfte. Wo überhaupt finden sich noch Positionen, die klar umrissen sind und die man mit persönlichem Einsatz verteidigen wollte? Gerade dann, wenn aus dem Lebens Spiel Lebensernst würde, worauf mittlerweile deutliche Zeichen des Wirtschaftlichen wie Politischen hindeuten.

---

## Wir Rentner haben es satt!

*von Henryk Goldberg*

Also, ein Skandal ist das schon. Ich meine, wie die mit uns Rentnern umspringen. Und jetzt denken sie, mit dieser lächerlichen Erhöhung im nächsten Monat wäre alles wieder gut. Aber Pustekuchen! Nichts ist gut! Ich jedenfalls gebe keine Ruhe, bis diese Ungerechtigkeit beseitigt ist! Ich werde jeden Montagnachmittag Protest schlafen, nach dem Essen!!!

Ich meine, heutzutage wird immer getönt, so antidiskriminierungsmäßig. Die Radfahrer, die Polizisten, die Schwulen, die Griechen, die Frauen, die Neonazis, die Politiker und sogar die Vorgesetzten wollen nicht mehr diskriminiert werden. Nur wir Rentner sollen uns das gefallen lassen. Uns darf man gruppenbezogen kujonieren und alle finden das normal.

Es gilt als selbstverständlich, dass Rente im Grundsatz weniger ist als Lohn oder Gehalt. Wieso eigentlich? Weshalb soll das selbstverständlich sein? Ist das Bier für uns billiger? Kommen wir für weniger Mäuse nach Malle?

Ich zum Beispiel, um ausnahmsweise einmal persönlich zu werden, ich also lebe jetzt in mancherlei Hinsicht teurer, meine Aufwendungen steigen beträchtlich. Zum Beispiel für Tee. Seit ich ein Leben jenseits der sozialen Brennpunkte und intellektuellen Zentren führe, also jenseits der Kantine und des Großraumes einer Zeitung, seitdem ist, nur mal als Beispiel, der Verbrauch an Teebeuteln erheblich gestiegen.

Nun kann man sagen, wie unser Leser Heiner R. aus W. es wohl tun wird, wer Teebeutel benutzt, ist selber schuld, aber zum einen ist das schon wieder eine Diskriminierung und zum anderen gibt es den losen, den besseren Tee auch nicht umsonst. Natürlich, ich habe auch früher, als ich noch ein vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft war, also als ich noch die volle Kohle bekam, hin und wieder Tee und Kaffee für mir genommen – aber doch nicht so viel.

Ich meine, das ist doch logisch. Wir, wir Rentner, haben mehr, viel mehr Freizeit. Und die muss ja irgendwie ausgefüllt werden, die muss man ja irgendwie gestalten. Schließlich, ich kann mich nicht die ganze Zeit mit diesem Kram hier beschäftigen und noch mehr schreiben. Das würden Sie doch auch nicht wollen und meinen Lieblingsleser F. St., auch ein Rentner, würde es in den Infarkt treiben und das wäre wirklich schade, denn er trägt mit seinen wunder-

schönen als Leserbrief getarnten Parodien auf einen alten komischen Mann sehr viel zu meiner Erheiterung bei.

Aber, das war der Punkt, was also bedeutet mehr Freizeit? Genau, mehr Kosten, mehr Kohle. Zum Beispiel, weil ich mehr Tee und Kaffee benötige, schließlich, ich muss die Pausen jetzt nicht mehr so oft unterbrechen wie damals. Wenn ich, nur mal als Beispiel, höre, Lars Tietje aus Nordhausen wird Intendant in Schwerin, dann denke ich, wow!, schön für den Mann, und fahre fort, Tee zu trinken. Damals wäre ich zusammengefahren und hätte erbleichend seine Nummer gewählt, um zu recherchieren, ob er sich freut, ob er Thüringen in guter Erinnerung behalten wird und ob er sich hier Mühe geben wird bis zum letzten Tag.

Jetzt trinke ich stattdessen Tee und der kostet. Und, Ehrenwort, in diesem Augenblick, es ist Freitagnachmittag, läuft die Meldung, dass Günther Jauch seine Talkshow aufgeben wird. Ach, denke ich, und trinke Tee.

Das ist Klasse, aber das kostet natürlich.

Oder nehmen wir die Zeitung. Natürlich haben wir die Nr.1 aus Thüringen abonniert. Aber seit ich hier zu Hause sitze, haben wir noch eine andere Zeitung. Natürlich will ich alles wissen über Thüringen, das hat unsere Heimatzeitung, aber auch manches über den Rest der Welt, das hat die Zeitung aus dem Hessischen – und die kostet. Früher hab ich die auch gelesen, in der Redaktion. Da gab es sogar mehrere überregionale Blätter, zu Hause kann ich mir nur eines leisten. Was bedeutet, mein Rentnerleben geht auch einher mit einem sozial bedingten Verlust an Bildung, an Weltkenntnis.

Ich meine, wieso erhalten Menschen, die mehr Geld brauchen, weil sie mehr Zeit haben, und die überdies bald tot sind, stattdessen auch noch weniger Geld? Wieso werden wir ausgegrenzt aus der konsumierenden Menschengemeinschaft?

Könnte man uns, uns Rentnern, nicht einfach das Gehalt weiterzahlen? Wir wären dann bereit, von diesem Geld jeden Monat einen gewissen Betrag, etwa 18,7 Prozent, abziehen zu lassen, von dem das Einkommen der Berufstätigen finanziert wird.

Und niemand müsste mehr streiken, weil die Gehaltsentwicklung an die Höhe der Renten gekoppelt wäre. Das wäre gerecht und es wäre ein Beitrag zum sozialen Frieden.

Und jetzt kommen Sie nicht mit so blöden Einwürfen wie wer soll das bezahlen? und solchem Quatsch. Da müssen die eben bisschen was in die Gelddruckerei investieren. In der DDR ging das doch auch.

---

---

## Wanderlust. Am Wegrand notiert

von Erhard Weinholz

*Wanderlust*, das Wort habe ich neulich im *New Yorker* gelesen. Anscheinend gehört es zur Eigenart der Deutschen, dieses Wandern. Ebenso wie die Naturverbundenheit, die Liebe zum Wald, der wir diese Lust ja erst verdanken. Und das alles, hängt es vielleicht mit dem sogenannten deutschen Sonderweg zusammen? Aber von dieser Sonderweg-Idee hält man wohl heute nicht mehr viel. Genug gerätselt, ich habe noch zu packen.

Ausstieg in Medewitz (Mark): „Stackelitz 6 km“. Es geht ins Anhaltische hinüber; ich laufe und laufe, durch Wälder, an Wiesen und Äckern vorbei; in der Ferne wieder ein Schild: Fünf Kilometer nun? Oder gar sieben? Es ist das Ortseingangsschild.

Die Mittagsglocken läuten, doch nirgendwo eine Bank in dem menschenleeren Dorf. Ich setze mich am Straßenrand auf einen Plattenwagen, packe mein Essen aus, und gleich kommt, sozusagen aus dem Nichts, ein rotgesichtiger Mann angestieftelt und fragt mich, was ich da zu suchen habe. Wäre ja noch schöner, wenn hier jeder... Oder lauern sie hinter mir im Gehöft, warten, bis ich mir eine anstecke, um dann herauszuspringen? Na, das hamwa gerne, erst alles vollkrümeln, und jetzt noch... Und könnse nicht lesen? „Zu verkaufen!“ Ja glauben Sie, das

kauft einer, wenn Sie draufsitzen? Aber es kommt nur die Postfrau, die ich um Auskunft bitte. Nichts los in diesem Stackelitz.

Es ist schwül geworden; ich laufe am Waldrand entlang, immer in der Sonne. Hin und wieder Rückblicke: Ein langes Wegstück liegt schon hinter mir, die Naturpark-Station, mein nächstes Ziel, rückt näher. Doch was hilft es? Der Weg bleibt mühsam bis zuletzt. Merkspruch: Voranzukommen heißt nicht, schon am Ziel zu sein. Aber wahrscheinlich ist er nicht originell.

Niemand zu sehen an der Station. Vielleicht geschlossen? Aus betrieblichen oder technischen Gründen, wegen Krankheit oder aus Mangel an Pflichtbewusstsein, wer weiß. Es könnte auch ein Schild aushängen: „Gerade heute geschlossen“ oder „Zu früh gefreut“, dazu eine herausgestreckte Zunge. Mit solchen Schildern ließen sich sogar Geschäfte machen, ich bin bloß zu faul dazu.

Die Station hat geöffnet, ich bekomme einen Kaffee, Kekse und zwei Ansichtskarten und stecke zum Dank zwei Euro in einen tönernen Schweinebauch.

Im Dorf darauf fährt eine alte Frau an mir vorbei, steigt vom Rad, in der Hand ein ganz ungebräuchlich gewordenes Gerät: einen aus Rohr geflochtenen Teppichklopfer. Angeblich wurden damit auch Kinder verwasen. Vielleicht war sie deshalb damit unterwegs.

Hundeluft heißt das Dorf übrigens. Ein Ortsname, den man als Autor nicht erfinden dürfte. Zudem wenig werbewirksam. Höchstens „Karneval in Hundeluft“, das würde vielleicht noch gehen.

In einer schönen Waldpension habe ich übernachtet, wo nahebei der Mühlbach übers Wehr rauscht, zwei Freunden habe ich geschrieben, gegen Neun wandere ich los. Als ich den ersten Briefkasten erreiche, ist er gerade geleert, die nächsten sind es ebenso. Macht nichts, irgendwann am Nachmittag komme ich in Coswig an, und da hängt am Postamt bestimmt ein Kasten mit Spätlieferung. Gleich mal schauen... nichts zu finden auf meiner neuen Landkarte. Auch bei der Legende fehlt das Zeichen für Postamt; es gibt anscheinend, außer in Berlin und größeren Städten, keine Postämter mehr.

Die Dorfgasthöfe heißen „Zum Kegel“, „Zu den Linden“, es stehen auch drei davor, „Zum Eichenkranz“ und „Zur Einkehr“. Die Schaukästen neben dem Eingang sind leer, auf den Treppentufen sprießt Gras, dazwischen Hirtentäschel und Butterblume.

Neben manch anderem sammle ich Straßennamen. Funde diesmal: *KAP-Straße*. Das Kürzel steht nicht für *Kommunistische Arbeiterpartei*, sondern für *Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion*. Anderswo: *Straße der Bereitschaft*. Das ließe sich noch steigern: *der ständigen Bereitschaft, der erhöhten Bereitschaft*. Oder *der Bereitschaftspolizei*. Möglich wäre auch eine *Straße der Hilfsbereitschaft*. Dort zu wohnen verlangt einem natürlich einiges ab.

Schon beginnt der dritte und letzte Wandertag. Es ist der Himmelfahrtstag, kaum Verkehr auf der sonst meilenweit hörbaren B 187, aber dort am Straßenrand entlang bis Wittenberg zu laufen reizt mich ebenso wenig wie das, was die Karte an Vorschlägen bietet. Ich mache es mal so: Erst noch ein Stück neben der Fernstraße entlang, dann nach links und am Friedhof vorbei, über die Bahnstrecke und dahinter irgendwie weiter durch die Wälder.

Der Friedhof liegt hinter mir... und wo ist der Bahnübergang, den die Karte verspricht? Erneutes Auseinanderfallen: Ich sehe, ich habe mich geirrt. Was nun? Zwar laufen die Gleise hier fast ebenerdig, aber die kurze Böschung beiderseits ist steil genug. Zum Glück schaue ich mich noch einmal um, ehe ich den Abstieg versuche, und entdecke ein Stück weiter einen fußbreiten Pfad, der mich bequem hinunter- und auf der anderen Seite wieder hinaufführt. Gleich fällt mir auch ein Vorbild ein: *Agnes*, so Lenka v. Körber, *geht den schmalen Weg*.

Hier und da in den Dörfern Zwei-, auch Dreigeschosser mit Flachdach, bloße Wohnkästen, Hinterlassenschaft der Bauindustrie aus der Ära Honecker. Für eine bessere Zukunft zu bauen war damals anscheinend kaum noch möglich; fast alle stehen sie leer. Die Türen sind verammelt, die Fenster demoliert; aus einem, wo, weiß ich nicht mehr, geisterhaftes Winken zweier sich in der Zugluft windender Gardinen.

Noch ein Straßename: *Himmelsgarten*. Vorstellen kann ich mir darunter nichts, doch er weckt so wohlige Empfindungen. Oder sind die Wolken vielleicht die Himmelsgärten?

An der romanischen Feldsteinkirche in Reinsdorf letzte Rast auf dem Weg zur Wittenberger Altstadt. Vom Nachbargrundstück schallt Musik herüber, deutsche Schlager: Herrentagsfeier der Freiwilligen Feuerwehr. Manchmal wird gejuchzt. Ein älterer Mann kommt auf den Kirchhof,



um ein Grab zu pflegen. Nahebei ein gut mannshoher Obelisk aus schwarzem Stein, anderthalb Dutzend Namen darauf, bei allen das gleiche Todesdatum, ein Tag im August 1915. Gestorben in Ausübung ihres Berufes, heißt es auf der Rückseite. Was da passiert sei, frage ich den Mann. Er weiß es nicht, rätselt: Vielleicht ein Unglück... im Piesteritzer Sprengstoffwerk? Gab's das, frage ich weiter, 1915 schon? Ach, 1915? Er bückt sich, schaut nach der Jahreszahl.

Als Wegweiser dient mir zuletzt der Turm der Schlosskirche. Die Altstadt ist völlig verluthert, an allen Ecken und Enden nimmt man den Reformator für seine Zwecke in Beschlag, sogar an der öffentlichen Toilette neben der Touristen-Information. Im Bahnhof steht der Zug nach Berlin schon eine Stunde vorher bereit, ich mache es mir bequem, lese ein bisschen in Marie Luise Kaschnitz' „Engelsbrücke. Römische Betrachtungen“, döse vor mich hin und freue mich auf mein heimatliches Bett.

---

## Erlesenes: Der Wiener Kongress und Otto von Bismarck

von Wolfgang Brauer

In seinem Buch über den „deutschen Krieg“ von 1866 schrieb Theodor Fontane zwar sehr richtig, dass die „Absicht, Preußen in seinen Ansprüchen zu beschränken, [...] gleichbedeutend mit Krieg“ gewesen sei. Die „Absichten Preußens“ bewertet er allerdings als „Frage seiner Existenz“, die Österreich „aus seinem alten Eifersuchtsgefühl heraus“ nur nicht voll gewürdigt habe. Preußens Ansprüche definierte unser märkischer Wanderer „nach Kriegsrecht“. Es ging ihm also um die unschöne Legitimation bloßen Raubes.

Diese ur-preußisch getriebene Sicht irritierte nicht nur Fontanes Freund Theodor Storm, sie war auch schon zu Lebzeiten des Autors umstritten. In den Jahren nach 1870 entwickelte der Historiker Max Lehmann einen deutlich kritischeren Blick auf die preußisch-deutsche Geschichte. Der 1845 geborene Lehmann, zu Anfang seiner Laufbahn durchaus durch Heinrich von Treitschke protegiert, startete seine Karriere als Mitglied der „borussischen Fraktion“ der Historikerzunft. Er arbeitete seit 1875 im Geheimen Staatsarchiv Preußens und wurde Redakteur der *Historischen Zeitschrift*. Lehmann kannte also die Quellen. Dem Vergleich mit ihnen hielten die Wertungen der hohenzollernhörigen Historiker nicht stand. Vielleicht ist es für uns ein Glücksfall, dass Lehmann seine ersehnte Universitätslaufbahn nicht in Berlin, sondern in Göttingen einschlagen musste. Seine zwischen 1906 und 1921 an der dortigen Alma Mater gehaltenen Bismarck-Vorlesungen hätte er in Berlin vermutlich so nicht halten können.

Seine Tochter Gertrud gab sie nach dem Ableben des Vaters 1929 unter dem Titel „Bismarck. Eine Charakteristik“ heraus. Gerd Fesser und Helmut Donat betreuten eine Neuausgabe dieser bemerkenswerten Schrift. Der Titel, den Gertrud Lehmann den Vorlesungen ihres Vaters gab, ist irreführend. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um einen historischen Abriss der Geschichte der unter Otto von Bismarck blutig durchgesetzten Reichsgründung. Lehmann greift bis zur Paulskirchenversammlung der Jahre 1848/49 zurück und beschreibt detailgenau den preußischen Verfassungskonflikt 1859-1866. Dass der 1862 als preußischer Ministerpräsident eingesetzte Otto von Bismarck („Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet“, so begründete König Friedrich Wilhelm IV. 1848 seine Ablehnung des altmärkischen Junkers) diesen auf „seine“ Art lösen konnte, schreibt Max Lehmann auch dem Versagen des liberalen Bürgertums zu. Das träumte nach 1848 von der Ernennung seiner Söhne zum Reserveoffizier, wurde so zunehmend militarisiert und „seinen alten Idealen, den demokratischen von 1848, abspenstig gemacht und höfisch-aristokratischen Tendenzen zugeführt“.

Lehmanns fesselnde Darstellung der Reichseinigungskriege selbst, die de facto als preußische Eroberungsfeldzüge begannen, in ihrer sich dann entfaltenden Eigendynamik gehört zu



den spannendsten Abschnitten des Buches und begründet auch seine unerhörte Aktualität. Max Lehmann beschreibt, wie vergleichsweise einfach es ist, gordische Knoten der Außenpolitik mit kriegerischen Mitteln zu zerschlagen. Bismarck hatte das vorgeführt – er hatte aber nach Lehmann genug Einsicht, „den Bogen nicht zu überspannen“. Gemeint ist der Bismarcksche Wille, nach dem österreichischen Sieg in der Seeschlacht von Lissa am 20. Juli 1866 Frieden mit Wien zu schließen. Gemeint ist auch sein gescheiterter Versuch, die Annexion Elsaß-Lothringens zu verhindern. In gewisser Weise vereinte der spätere Reichskanzler den berühmten Zauberlehrling und seinen Hexenmeister in einer Person. Heute sind zum Unglück der Menschheit offenbar nur noch Zauberlehrlinge zu finden.

*Max Lehmann: Bismarck – Eine Charakteristik, Bremen 2015, Donat Verlag, 352 Seiten, 16,80 Euro.*

\* \* \*

Dass die Politik dieses „sich zu Deutschland erweitert“ habenden Preußens (Max Lehmann) bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur auf Land- und „Seelen“-Raub aus war, belegt Adam Zamoyski in seiner Darstellung des Wiener Kongresses, die bereits 2007 bei *HarperCollins Publishers* erschienen war und jetzt in einer soliden deutschen Übersetzung von C.H.Beck vorgelegt wurde. Der Band schließt sich an das im selben Verlag 2012 erschienene Buch des Autors „1812. Napoleons Feldzug in Russland“ an. Zamoyski berichtet chronologisch. Er beginnt sein Buch mit der Darstellung der nächtlichen Ankunft des von den russischen Schlachtfeldern geflohenen Kaisers am 18. Dezember 1812 in den Tuilerien. Der Rahmen wird mit der Unterzeichnung der Schlussakte des Wiener Kongresses am 9. Juni 1815 geschlossen. Zamoyski blättert ein beeindruckendes Panorama dieser zweieinhalb Jahre auf, die für die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts die Weichen stellen sollten – und deren Langzeitwirkungen, „indem dieses System ganzen Klassen und Nationen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum vorenthielt“, auch noch das 20. Jahrhundert bis auf den heutigen Tag mitbestimmen sollten.

Der Wiener Kongress stand von Anfang an im Kreuzfeuer der Kritik: „Die politischen Angelegenheiten werden mit einer unvorstellbaren Leichtfertigkeit behandelt“, zitiert der Autor den dänischen Bevollmächtigten Graf Rosenkrantz. Metternichs rechte Hand, Friedrich von Gentz, sprach von einem schlecht vorbereiteten Kongress, „den ich als eines der schlimmsten Projekte unserer ereignisreichen Zeit betrachte“. Gentz musste es wissen. Er war Sekretär und Protokollführer des Wiener Kongresses. Die 121 Punkte umfassende Schlussakte stellte er zusammen. Sie sind das Ergebnis eines den gesamten Tagungsverlauf umfassenden Streites vor allem der Großmächte Russland, Österreich, Preußen, Großbritannien und Frankreich um die Neuaufteilung des europäischen Kuchens.

Zamoyski schildert diese Zänkereien detailgenau, übrigens auch unter Einbeziehung pikanter Kongressgeschehnisse – die Bettgeschichten Metternichs und des Zaren Alexander I. sowie anderer größerer und kleinerer Potentaten waren nicht ganz ohne Einfluss auf das Geschehen. Auch Adam Zamoyski nimmt die Akten ernst. Die Nutzung der in der Czartoryski-Bibliothek in Kraków aufbewahrten Quellen – Fürst Adam Jerzy Czartoryski war Begleiter des Zaren und einer seiner wenigen Vertrauten – sind ein Gewinn für Zamoyskis Darstellung. Die „polnische Frage“ war eines der zentralen Probleme des Kongresses. Um sie herum rankten sich die Ausdehnung des russischen Einflusses nach Mitteleuropa und die Landgier Preußens, das als „Entschädigung“ für die Landverluste durch ein russisch dominiertes Polen ganz Sachsen verlangte, dies nur zur Hälfte bekam – dafür allerdings Gebiete im Rheinland, was nicht ganz unwichtig für die Konflikte nach 1850 werden sollte.

„Man sagt, daß der Kongreß keine Prinzipien habe, und wenn doch, seien es ziemlich schlechte. Anstatt jedem zu geben, was ihm zusteht, versucht man anderen wegzunehmen, was ihnen rechtmäßig gehört“, zitiert Zamoyski die in einem Bericht der Geheimpolizei Metternichs zusammengefasste Stimmungslage in Wien. „Kaum war Napoleon gestürzt, hat man die Interessen der Nationen vergessen und sich nur um die Interessen der Fürsten gekümmert“, urteilte der russische Außenminister Graf Capodistrias. Die preußischen Unterhändler Fürst Karl von Hardenberg und Wilhelm von Humboldt sahen das ähnlich. Da sich ihre Vorstellungen eines

demokratisch strukturierten deutschen Bundesstaates noch nicht einmal ansatzweise realisieren ließen, setzten sie auf einen preußischen Gebietszuwachs um (fast) jeden Preis. Dahinter stand die Vision, dass ein entsprechend großes Gewicht Preußens dem Prozess der Reichseinigung eine nicht aufhaltbare Eigendynamik verleihen würde.

Ausgerechnet Otto von Bismarck, der das „Wiener System“ endgültig zerschlagen sollte, hat diesen Gedanken – auf seine Art – realisiert. Polen musste noch bis 1918 warten. Und die Verhandlungen von Jalta um seine „Westverschiebung“ erinnern verteufelt an das Wiener Gefeilsche. Zamojski hat recht: Wer heutige Politik in Europa in manchen ihrer tückischen Verästelungen verstehen will, der muss sich auch mit dem Wiener Kongress befassen. Adam Zamojskis Buch kann dabei helfen.

*Adam Zamojski: 1815 – Napoleons Sturz und der Wiener Kongreß, München 2014, C.H.Beck, 704 Seiten, 29,95 Euro.*

---

## Illusionen und Hoffnungen sterben zuletzt

*von Heerke Hummel*

Die Welt ist in Unordnung wie selten vorher, vielleicht wie nie zuvor. Und der Mensch ist das Problem. Seit hundert Jahren befindet sich die menschliche Gesellschaft in einer Dauerkrise und auf der Suche nach Lösungen für die Widersprüche, in die sie verstrickt ist. Dieser Zeitabschnitt wurde einst von den Ideologen des Ostens optimistisch als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bezeichnet. Doch vor einem Vierteljahrhundert ging dieser Optimismus vieler Millionen plötzlich verloren. Waren es Illusionen? Mit den Reformen des Ostens – allgemein als Untergang des Realsozialismus betrachtet – war die Welt ohne das Freund-Feind-Bild orientierungslos geworden, und Pessimismus überzog den Erdball angesichts nicht nur atomarer Gefahren und gesellschaftlicher Katastrophen, sondern auch und vor allem eines drohenden ökologischen Desasters unseres Planeten. Und nur allmählich wird die theoretische Schockstarre überwunden, entwickelt sich wieder analytisches Nachdenken über die Situation, in der sich die Welt befindet, und über Wege zur Wiederherstellung von Gleichgewichten in der Gesellschaft, in ihrer Ökonomie sowie zwischen Mensch und Natur allgemein.

Jüngstes Beispiel ist ein Buch von Raul Zelik und Elmar Altvater. Mehrere Wochen führten die beiden einen Dialog „über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft“, der bereits 2009 veröffentlicht wurde. Nun hat man ihn aktualisiert und – durch einen Abschnitt ergänzt beziehungsweise abgerundet – unter dem Titel „Vermessung der Utopie“ erneut als Taschenbuch herausgegeben.

Den Autoren geht es darum, Wege zu finden zu einer emanzipierten Gesellschaft. Und sie meinen, die gescheiterten Emanzipationsversuche in der Geschichte hätten gezeigt, wie es nicht geht. Nun werde eine Reflexion über utopische Entwürfe gebraucht, es müsse beantwortet werden können, inwieweit diese Entwürfe einigermaßen realistisch sind. Ob sie tauglich sind, sei daran zu messen, „ob sie den Menschen ein gutes Leben ermöglichen – in ökologischer, sozialer, politischer Hinsicht. Ob sie ermöglichen, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, die Natur zu bewahren – aber auch, ob sie zu einer herrschaftsfreien Welt führen, in der die Menschen ihr Leben, auch ihr Arbeitsleben, selbst gestalten können und nicht nur Untertanen sind.“ Eine so formulierte Aufgabe gleicht dem Ei des Kolumbus. Vermochten die Autoren sie zu lösen?

Zelik und Altvater äußern sich zunächst zum Begriff „Ökonomie“, erörtern die Krise(n) und ihr Management, setzen sich mit dem gescheiterten Sozialismus auseinander und betrachten die kommende Gesellschaft, um schließlich die Transformation und ihre Subjekte zu behandeln. Der Leser erhält eine Menge Anregungen zum Mit- und Nachdenken, auch zum Widerspruch.

Im ersten Themenblock besprechen die Autoren den Wandel im gesellschaftlichen Verständnis von der Zielstellung ökonomischen Denkens und Handelns. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass es heute darum geht, Ziele und Inhalte des Wirtschaftens neu zu bestimmen. Dem ist unbedingt zuzustimmen! Aber muss das auch bedeuten, „sich von Zwängen – wie dem Zwang zum steten Wachstum, zur ewigen Akkumulation – zu befreien“? Wird die Menschheit je frei sein können von objektiven Erfordernissen, also ökonomischen Grenzen und Zwängen?

Eine kritische Bemerkung schon an dieser Stelle: Das Buch leidet in diesem Abschnitt an theoretischer Tiefe und Schärfe; auch was Feststellungen zum Markt und zur Marktwirtschaft betrifft. Und wenn dort von den realsozialistischen Gesellschaften die Rede ist, wird leider ganz utopisch vorausgesetzt, Walter Ulbricht mit seinem Zentralkomitee und andere kommunistische Führungen hätten sich den objektiven ökonomischen und politischen Zwängen des Kalten Krieges entziehen und eine Ökonomie „der reinen Vernunft“ organisieren können – wenn ihnen diese denn gegeben gewesen wäre.

Zwar kann sich ein Volk eine neue Regierung suchen, aber eine Regierung kein anderes Volk, wie es Bertolt Brecht nach dem 17. Juni 1953 ironisch empfahl. Und der heutige Irrsinn des Weltfinanzmarktes ist der Irrsinn der wirtschaftlich fortgeschrittensten Völker, denen die übrigen hinterheriefern (müssen?). Behandelt wird dieser Irrsinn im Abschnitt „Die Krise(n) und ihr Management“. Und da wird – man möchte es kaum glauben – beispielsweise die „materielle Interessiertheit“ von DDR-Wirtschaftsleitern gleichgesetzt mit dem Anreizsystem der Managergehälter. Viel eher wäre doch an dieser Stelle schon zu fragen gewesen, was das heutige Wirtschaftssystem überhaupt noch mit dem ursprünglichen Kapitalismus des vorigen Jahrhunderts zu tun hat und worin die Unterschiede bestehen, was da noch privat ist am Eigentum, was zu tun ist, um aus der Misere heraus zu kommen. Die Autoren setzen sich zwar ausführlich mit der krisenhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung seit den 1970er Jahren auseinander und kommen zu dem Schluss, das „fordistische und keynesianische Wachstumsmodell“ sei damals „an systemische Grenzen“ geraten. Doch die Kündigung des Abkommens von Bretton Woods durch US-Präsident Richard Nixon erwähnen sie nicht einmal. Dabei hat sie das ökonomische System der westlichen Welt geradezu revolutioniert, weiter vergesellschaftet, indem mit der Aufhebung der Golddeckung des US-Dollars sich das Geld in ein allgemeines Arbeitszertifikat verwandelte, alle Bremsen und Grenzen des Finanzsektors verschwanden und mangels der neuen Situation entsprechender gesetzlicher Regeln der allgemeinen Spekulation Tür und Tor geöffnet wurden.

Raul Zelik stellt lediglich fest, in der damaligen Krisensituation „eröffnete der finanzgetriebene, neoliberal regulierte Kapitalismus ein neues Wachstumsfeld“. Dass es sich dabei gar nicht mehr um wirkliches Wirtschaftswachstum handelt oder handeln muss, geht unter. Denn nach der Arbeitswerttheorie von Karl Marx sinkt mit steigender Produktivität der Arbeitsaufwand des Produkts und damit sein Wert und Preis, so dass – bei sonst gleichen Bedingungen – Wert- und Preissumme der Warenwelt sowie die für ihre Zirkulation notwendige Geldmenge konstant bleiben. Heute dagegen charakterisieren eher steigende Preise und Geldmengen eine veränderte Art und Weise des Wirtschaftens und von ökonomischen Beziehungen in der Gesellschaft. Dieser Wandel ist bis heute von der Wirtschaftswissenschaft nicht theoretisch verarbeitet worden. Und so wird in Politik, Finanzsektor und Realwirtschaft in veralteten Modellvorstellungen gedacht und nach überholten Regeln gehandelt.

Zelik und Altvater wollen nicht „auf das Ende des Kapitalismus“ warten, nicht „den Kapitalismus heilen“. Ihre Hoffnungen richten sich auf radikaldemokratische Bewegungen wie in Lateinamerika. Das ist fragwürdig. Denn das unschöne Gesicht des Sozialismus im 20. Jahrhundert resultierte doch gerade daraus, dass mit dem großen Experiment in einem der rückständigsten Länder der Welt begonnen wurde, wobei die Erwartung sich nicht erfüllte, Westeuropa werde Russlands Beispiel folgen.

Die „kommende Gesellschaft“ erwartet Altvater als „eine regulierte Utopie“, und er glaubt, es gehe auch nicht anders, „als dass wir mit Regeln operieren. Einfach deshalb, weil die Natur mittlerweile eine Grenze darstellt.“ Man möchte hinzufügen: Und weil Märkte – vor allem der Finanzmarkt – und die Raffgier keine Grenzen kennen. So gesehen kommt es heute in der Hauptsache darauf an, die Regeln des Wirtschaftens, und solche gibt es bereits seit langem, zu ändern; zuerst

und zumindest in Europa. In dieser Frage sind die Autoren allerdings sehr zögerlich. Zelik hält einen „globalen Ordnungsrahmen“ zum Beispiel auch für erforderlich, wenn es um Arbeitsrechte geht. Warum aber sollte sich sein „Gegenprojekt“ zur heutigen Wirtschaftsweise nicht in einem europäischen Alleingang verwirklichen lassen – wenn es denn in der EU den politischen Willen dazu gäbe? Denn Zeliks Meinung nach gilt es, „die Märkte zu begrenzen und zurückzudrängen, eine unmittelbare Demokratisierung von Gesellschaft und Arbeit einzuleiten, gesellschaftliche Kontrolle über Produktion, Verteilung, Konsum, Finanzmärkte zurückzuerlangen, eine Verschiebung hin zu gesellschaftlichem Eigentum in Gang zu setzen, eine ökologische Umgestaltung der Ökonomie zu erzwingen“. Warum sollte das nicht schon in Bälde möglich sein, wenn die Europäer mit Brüssel an der Spitze bereit wären, die entsprechenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen? Vor allem bedarf es dazu der Macht, der „Gegen-Macht“. Zelik sagt es selbst.

Wünschenswert wäre gewesen, dass die Autoren ihre Überlegungen zur Rolle der Macht und des Staates auf die konkreten Verhältnisse in Europa bezogen hätten. Sie schreiben zwar, „dass sich selbst organisierende Prozesse mit bestimmten Regeln oder Rahmenbedingungen bessere Ergebnisse hervorbringen, als es eine Führung vermag“. Doch sie übersehen oder ignorieren, dass wir es heute bereits mit solchen selbst organisierenden Prozessen zu tun haben, deren veraltete Regeln „nur“ noch zu verändern sind. Der ein Jahrhundert währende Kampf zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ hat die Gesellschaft, vor allem wohl ihre Theoretiker, blind gemacht für die konkreten Veränderungen, die sich in der realen Welt vollzogen haben, und unfähig, sie theoretisch zu verallgemeinern und zu verstehen.

Die „kommende Gesellschaft“ wird es trotzdem geben, mit oder ohne Utopien, Hoffnungen und Illusionen. Die Erfahrungen eines ganzen Jahrhunderts haben nämlich gezeigt, dass die Menschheit zwar lernfähig ist, doch kaum dank theoretischer Voraussicht das Richtige tut, sondern meist auf Grund unerträglicher Verhältnisse nur das unbedingt Notwendige unternimmt – im Kampf von Interessen und in kleinen Schritten.

*Raul Zelik / Elmar Altvater: Vermessung der Utopie. Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft, Bertz + Fischer GbR, Berlin 2015, 237 Seiten. 9,90 Euro.*

---

## Völkerrecht konkret

von Hubert Thielicke

Am 31. August 1990 schlossen die BRD und die DDR den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag); kurz darauf folgte der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag). Einige Tage später war der zweite deutsche Staat Geschichte – und mit ihm auch seine Außenpolitik, deren Bedeutung seither meist heruntergespielt wird. Vor allem ehemalige Diplomaten haben indes durch Memoiren, Analysen und andere Veröffentlichungen die außenpolitischen Aktivitäten der DDR beleuchtet.

Seinen Beitrag hat nun auch Gunter Görner vorgelegt. Er war von 1963 bis 1990 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) tätig. Als Abteilungsleiter in der Hauptteilung Rechts- und Vertragswesen sowie als Teilnehmer bi- und multilateraler Verhandlungen trug er zur Ausgestaltung völkerrechtlicher Positionen und zum Zustandekommen entsprechender Verträge bei. Sein Buch ist keine klassische Autobiografie, vielmehr stellt Görner die Sachfragen, mit denen er beschäftigt war, in den Vordergrund. Dabei geht er weit über sein Anliegen hinaus, „die Position der DDR in den Verhandlungen über wichtige völkerrechtliche Vereinbarungen möglichst umfassend und nachvollziehbar zu erläutern“. Er informiert über Zusammenhänge, Inhalte und über teilweise noch wenig bekannte Fakten. Das betrifft auch Vorgänge in der DDR selbst. Unter anderem berichtet Görner über das gespannte Verhältnis zwischen Ministerpräsident Willi Stoph und Außenminister Oskar Fischer, das vor allem darin begründet war, dass

Fischer außenpolitische Entscheidungen direkt von Erich Honecker einholte, so dass Stoph erst nachträglich davon erfuhr.

Das Interesse des Autors am Völkerrecht wurde einst durch Michael Kohl geweckt, dessen Vorlesungen er während seines Jurastudiums an der Universität Jena hörte. Im MfAA arbeitete Görner viele Jahre eng mit Kohl zusammen, der als Abteilungsleiter, Staatssekretär, Unterhändler und schließlich als erster Ständiger Vertreter der DDR in Bonn eine wichtige Rolle in den deutsch-deutschen Beziehungen spielte. Außer dem Autor gibt es keinen weiteren Zeitzeugen, der an allen diesen Aktivitäten beteiligt war – von den Passierscheingesprächen mit dem Westberliner Senat in den 60er-Jahren über die Treffen von Erfurt und Kassel sowie den Grundlagenvertrag 1972 bis zum Einigungsvertrag 1990. Von großem historischem Interesse sind die Auseinandersetzungen über den Status Berlins oder um die Überwindung der Hallstein-Doktrin, mit der die Bundesrepublik die internationale Anerkennung der DDR zu verhindern suchte.

Nach der Aufnahme der DDR in die UNO 1973 wirkte der Autor im Rechtsausschuss der UN-Generalversammlung; 1984 war er dessen Vorsitzender. Aus erster Hand berichtet Görner über das Zustandekommen solcher völkerrechtlicher Regelungen wie der Aggressionsdefinition und des Kodex für Verbrechen gegen den Frieden, aber auch über die Weiterentwicklung der Vertragswerke zur Antarktis und zum Weltraum. Den Schwerpunkt bilden jedoch die Verhandlungen der 3. Seerechtskonferenz sowie in der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof. Görner selbst spielte von 1973 bis 1990 eine wichtige Rolle beim Zustandekommen des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) und seiner Nachfolgevereinbarungen.

Das Gremium war die bis dahin größte UN-Konferenz zur Kodifizierung des Völkerrechts. Das SRÜ, auch als „Verfassung der Weltmeere“ bezeichnet, stellte nach Meinung des damaligen UN-Generalsekretärs Javier Perez de Cuellar nach der Charta das bedeutsamste völkerrechtliche Übereinkommen des 20. Jahrhunderts dar. Eingehend analysiert der Autor solche Probleme wie Küstenmeer, Meerengen, Archipelstaaten, ausschließliche Wirtschaftszone, Festlandssockel, Hohe See oder Schutz der Meeresumwelt. Angesichts der Auseinandersetzungen um Inseln im Süd- und im Ostchinesischen Meer oder über Bodenschätze und Durchfahrtsrechte in der Arktis sind diese Fragen bis heute höchst aktuell.

In diesen Verhandlungen wurden die Positionen der Staaten nicht wie sonst meist üblich vom Ost-West-Konflikt, sondern recht pragmatisch vor allem davon bestimmt, ob sie als Langküstenstaaten von der Umverteilung der Meeresreichtümer profitieren oder als Staaten mit kurzer Küstenlinie nur kleine Wirtschaftszonen und geringe Festlandssockelanteile beanspruchen konnten. So unterschieden sich mitunter die Interessen der DDR und Polens als geografisch benachteiligte Staaten sowie der Tschechoslowakei und Ungarns als Binnenstaaten von denen der Sowjetunion als Langküstenstaat. Auch die Gruppe der westlichen Industriestaaten trat wegen der geografischen Lage ihrer Mitglieder nicht einheitlich auf. So nimmt es nicht Wunder, dass das SRÜ erst nach acht Jahren zäher Verhandlungen zustande kam. Dabei bestanden oft ähnliche Interessenlagen zwischen DDR und BRD, deren Delegationen konstruktiv zusammenarbeiteten.

Als Vorsitzender der Sonderkommission zur Errichtung des Internationalen Seegerichtshofs trug Görner maßgeblich Verantwortung für die Ausarbeitung praktischer Regelungen für dieses internationale Gericht, das heute seinen Sitz in Hamburg hat. Seine umfangreichen Erfahrungen brachten es mit sich, dass der Autor bis zum Abschluss der Arbeit der Vorbereitungskommission im Jahr 1994 als Sonderberater der deutschen Delegation an den Verhandlungen teilnahm.

Die Beschäftigung mit dem Seevölkerrecht führte Görner auch in literarische Gefilde. Als engagierte Meeresschützerin nahm Elisabeth Mann Borgese als eine von wenigen Frauen an der Seerechtskonferenz teil. Bereits Ende der 60er-Jahre hatte sie mit dem maltesischen Diplomaten und Völkerrechtsexperten Arvid Pardo erste Vorschläge für eine Seerechtsverfassung erarbeitet. Als „Botschafterin der Meere“ war sie in den 80er Jahren auch mehrmals in der DDR, um für die Mitgliedschaft im SRÜ zu werben. Nach solchen Konsultationen begleitete sie Görner auf den Spuren ihrer Eltern und Heinrich Manns, ihres Onkels, durch verschiedene Städte. Durch sie lernte er ihren Bruder, den Historiker Golo Mann, kennen.

Unterhaltsam auch so manche Episode. So stieß der Autor bei Verhandlungen im britischen Foreign Office auf die Sparsamkeit des britischen Staatsdienstes. Bleistifte trugen die Aufschrift „*Her Majesty's Property*“ und zum Fünf-Uhr-Tee wurden winzige Kekse gereicht, die zudem abgezählt waren und von denen jedem Teilnehmer nur einer zustand.

Exemplarisch veranschaulicht das lesenswerte Buch die konstruktive Rolle, die Vertreter der DDR in Verhandlungen des UN-Systems spielten. So verweist Görner nicht zuletzt darauf, „dass die DDR zu allen wesentlichen Kodifikationsprojekten der Vereinten Nationen konstruktive Beiträge geleistet hat“. Ihre Position sei mit wenigen Ausnahmen mehrheitsfähig gewesen, befand sich also in Übereinstimmung mit der Haltung der großen Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten.

*Gunter Görner: Völkerrecht im Kontext seiner Zeit. Aufzeichnungen eines deutschen Diplomaten. Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza/Thüringen 2014, 545 Seiten, 39,95 Euro.*

---

## Das Zipfsche Gesetz

von Frank Ufen

Im Jahre 2010 hatte New York 8.175.000 Einwohner. Los Angeles war mit 3.793.000 Menschen die zweitgrößte Stadt der Vereinigten Staaten. Es folgten Chicago mit 2.696.000, Houston mit 2.100.000 und Philadelphia mit 1.526.000 Einwohnern. Zwischen den Einwohnerzahlen sämtlicher US-amerikanischen Städte besteht ein verblüffender statistischer Zusammenhang: Die zweitgrößte Stadt hat ungefähr halb so viele Einwohner wie New York, die drittgrößte Stadt hat etwa ein Drittel der Einwohnerzahl New Yorks, die viertgrößte Stadt etwa ein Viertel, die fünftgrößte etwa ein Fünftel, und so weiter bis zur kleinsten Stadt.

Zieht man zum Vergleich die Größenverhältnisse deutscher Städte heran, lassen sich ganz ähnliche statistische Regelmäßigkeiten feststellen. Im Jahre 1999 betrug die Einwohnerzahl von Berlin 3.341.000. Hamburg, die zweitgrößte Stadt, erreichte mit 1.705.000 Einwohnern ziemlich genau die Hälfte der Einwohnerzahl Berlins, München als die drittgrößte Stadt verfügte mit 1.195.000 Einwohnern über etwa ein Drittel, Köln mit 963.000 Einwohnern über ein Viertel und Frankfurt am Main mit 644.000 Einwohnern über ein Fünftel der Bevölkerung Berlins.

Dieser eindeutige statistische Zusammenhang zwischen dem Rangplatz einer Stadt und ihrer Einwohnerzahl bedeutet, dass die Bevölkerungsverteilung dem Zipfschen Gesetz gehorcht – das heißt, die Einwohnerzahl jeder Stadt verhält sich umgekehrt proportional zu ihrer Position in einer absteigenden Rangfolge. Das Zipfsche Gesetz ist nach dem amerikanischen Linguisten George Kingsley Zipf (1902-1950) benannt, einem der bedeutendsten Pioniere auf dem Gebiet der quantitativen Erforschung sprachlicher Phänomene. Zipf hat entdeckt, dass das in einer beliebigen indoeuropäischen Sprache (oder in irgendeinem Roman) am häufigsten gebrauchte Wort ungefähr doppelt so oft vorkommt wie das am zweithäufigsten verwendete, drei Mal so oft wie das am dritthäufigsten auftauchende und so weiter. Zipf hat außerdem herausgefunden, dass die Wörter einer Sprache, die in der Alltagskommunikation am häufigsten verwendet werden, in aller Regel auch die kürzesten und die ältesten sind.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass es noch etliche andere gesellschaftliche, physikalische und biologische Phänomene gibt, die dem Zipfschen Gesetz unterworfen sind. Hierzu gehören beispielsweise die Verkaufszahlen einer ganzen Reihe von Gütern wie Bücher, DVDs, Schuhe oder Kinokarten, die Größe von Unternehmen, die Häufigkeitsverteilung von Website-Besuchen oder von Zitierungen wissenschaftlicher Aufsätze, die Verteilung der Vermögen und Einkommen, Fluktuationen auf Finanzmärkten, die Häufigkeitsverteilung von Waldbränden, Vulkanausbrüchen und Erdbeben oder die Art und Weise, wie genetische Informationen in Proteine übersetzt werden.

Die Sache hat allerdings einen Haken. Oft geht die Rechnung nicht glatt oder überhaupt nicht auf, wenn man das Zipfsche Gesetz anwendet. Das zeigt schon ein kurzer Blick auf die neueste Li-

ste der größten Städte Deutschlands. Im Jahre 2013 hatte München plötzlich 1.408.000 Einwohner und war damit erheblich größer, als es das Zipfsche Gesetz voraussagt. Dasselbe gilt beispielsweise für Ulm, mit 119.000 Einwohnern die Nummer 61 auf der Liste. Völlig aus dem Rahmen fällt Österreich, wo es gegenwärtig 1.766.000 Wienerinnen und Wiener gibt, gefolgt von gerade einmal 270.000 Grazerinnen und Grazern. Und wenn es um die Größenordnungen der Städte in der Dritten Welt geht, funktioniert das Zipfsche Gesetz offenbar überhaupt nicht mehr.

Bislang ist erst teilweise geklärt, welche Mechanismen dem Zipfschen Gesetz zugrunde liegen und auf welche Umstände es zurückzuführen ist, wenn solche Regelmäßigkeiten immer wieder durchbrochen werden oder wenn sie ganz ausbleiben. Doch jetzt ist die Forschung einen großen Schritt vorangekommen. Kürzlich sind die Wiener Komplexitätsforscher Bernat Corominas-Murtra, Rudolf Hanel und Stefan Thurner durch Computersimulationen und Berechnungen zur Erkenntnis gekommen, dass das Zipfsche Gesetz universal gültig und immer dann am Werk ist, wenn man es mit komplexen Systemen zu tun hat, die sich ständig verändern und deren Entwicklung in hohem Maße von ihrer eigenen Vergangenheit determiniert wird. Die Wissenschaftler berichten darüber in der neuesten Ausgabe der *Proceedings of the National Academy of Sciences*.

Dass ein System von seiner eigenen Vergangenheit determiniert wird, bedeutet laut Corominas-Murtra, Hanel und Thurner im Wesentlichen, dass seine Aktionsspielräume desto mehr schrumpfen, je mehr Zeit schon vergangen ist. Solche geschichtsabhängigen Systeme würden einem Schriftsteller gleichen, der einen Roman schreibt. Ganz am Anfang kann er sich aus der Gesamtmenge der Wörter seiner Sprache irgendeines herauspicken. Doch danach werden seine Wahlmöglichkeiten durch die Regeln der Grammatik, die Handlungssituationen und das Eigenleben der Figuren immer weiter eingeschränkt. Dass es nicht selten zu erheblichen Abweichungen von den Werten kommt, die sich nach dem Zipfschen Gesetz eigentlich ergeben müssten, lässt sich auf zufällige Ereignisse und äußere Störfaktoren zurückführen.

„Das Faszinierende ist, dass wir zeigen konnten, dass auch diese zufälligen Störfaktoren beziehungsweise Überraschungen wiederum zu Gesetzmäßigkeiten führen, die dann genau die Abweichungen vom Zipfschen Gesetz erklären“, erklärt Stefan Thurner. Damit werde es erstmals möglich, nicht nur Dutzende Prozesse zu verstehen, die exakt dem Zipfschen Gesetz folgen, sondern auch Hunderte von Fällen, wo es sich um Abweichungen handelt. „Das macht es zum Beispiel jetzt möglich zu erklären, warum Internetserver ebenso nach einem zipfähnlichen Gesetz funktionieren wie Webpage-Besuche, Krankheitshäufigkeiten oder die Tonfolgen in der Musik.“ Thurner stellt weiter fest: „Das Zipfsche Gesetz ist seit etwa 80 Jahren Gegenstand der Forschung, und intellektuelle Größen wie unter anderem Benoit Mandelbrot, Herbert Simon oder Noam Chomsky, haben versucht, eine plausible Lösung dafür zu finden. Diese, denke ich, ist uns jetzt gelungen, die auf dem Beweis eines einfachen mathematischen Satzes aufbaut und daher universell gültig ist, und eben nicht nur das Zipfgesetz erklärt, sondern auch die Abweichungen davon, welche so oft beobachtet werden. Ein Anwendungsbereich könnte systemisches Risiko sein, dass man also das Verständnis jetzt nutzen kann, um Systeme zu bauen, die nicht auf das Zipfgesetz führen. Denn viele Systeme, die sich nach dem Zipfgesetz verhalten, sind relativ leicht verletzlich unter gezielten Angriffen. Ein Beispiel dazu ist das Internet. Wenn Sie wissen, welche Server Sie angreifen und damit stilllegen wollen, können Sie mit sehr wenigen Angriffen einen Großteil des Verkehrs lahmlegen.“

---

## Die Sendung der Philosophie

von Mathias Iven

Arnold Zweig, der in den Jahren 1912/13 in Rostock studiert hatte, schrieb in einem unveröffentlichten Nachruf über einen seiner früheren akademischen Lehrer: „Emil Utitz besaß ein ech-



tes und lebendiges Verhältnis zu allen Phänomenen des Ästhetischen und der Kunst. Immer als Einzelwesen auftretend, das Ich den objektiven Gegebenheiten des Kunst- und Naturschönen gegenüberstellend, vermochte er alles das zu erklären, systematisch aneinanderzureihen und wissenschaftlich zu fundieren, was zum Gegenstand seines Forschens gehörte. [...] Als ich Emil Utitz im Jahre 1948 in Prag wiedersah, begegnete ich einem mageren scharfzügigen, sehr still gewordenen Intellektuellen. Das tausendjährige Pestreich hatte ihn seiner jüdischen Abstammung wegen in das Hungerlager von Theresienstadt verpflanzt, dem er geistig ungebogen standgehalten. Er berichtete mir von einem Buch über die Psychologie des Konzentrationslagers, das er verfaßt hatte, das ich aber nicht in die Hand bekam.“

Dass dieses, 1948 in Wien erschienene, nicht einmal 100 Seiten umfassende Buch – ergänzt um weitere Texte – nun endlich wieder lieferbar ist, verdanken wir dem in Heidelberg lehrenden Politikwissenschaftler und Philosophen Reinhard Mehring. Anliegen des von ihm jetzt vorgelegten, kenntnisreich eingeleiteten und umfangreich kommentierten Bandes ist es, nicht nur „eine vergessene Erfahrungsauslegung neu zugänglich [zu] machen“, sondern vor allem an die frühen Anfänge des Theresienstadt-Diskurses zu erinnern.

Zumeist wird der Beginn dieses Diskurses mit dem Erscheinen des in der heutigen Öffentlichkeit weitaus bekannteren Theresienstadt-Buches von H. G. Adler gleichgesetzt. Eine der ersten, sehr umfangreichen Besprechungen zu dem 1955 veröffentlichten Buch kam von Emil Utitz. Seine relativ scharfe Kritik bezog sich vor allem auf den „Großteil der außerordentlich umfassenden Abhandlungen zur Philosophie und Theologie“, die sich, so Utitz, durch eine „geistige und sittliche Überheblichkeit“ auszeichneten, die ihm „nicht geheuer“ war. Er hoffte, dass seine Zeilen den Verfasser „zur eingehenden Selbstkritik“ anregen würden. Im Vorwort zur „verbesserten und ergänzten“ zweiten Auflage wurde Utitz zwar nicht explizit erwähnt, gleichwohl hatte sich Adler dessen Wunsch zu Herzen genommen.

Die für den zweiten Teil des Buches zusammengestellten Texte geben einen Überblick zum philosophischen Ansatz des 1883 in einem Vorort von Prag geborenen Utitz, der nach Stationen in Rostock und Halle seit 1934 in Prag lehrte. Neben seinen Überlegungen zur allgemeinen Kunstwissenschaft beschäftigte ihn in seinen späten Jahren unter anderem der Begriff der Sittlichkeit. In einem zu Beginn der dreißiger Jahre veröffentlichten Artikel stellte er fest: „So wähnt sich auch der Mensch gehemmt, eingeschnürt, vergewaltigt durch das Reich fordernder Werte. Und doch wird er erst dadurch Mensch.“ 1937 formulierte er in einem in Paris gehaltenen Kongressbeitrag, dass Sittlichkeit immer möglich sei, „wenn auch mitunter nur um den Preis empfindlichster Opfer“. Und nur ein Jahr darauf hieß es in dem Aufsatz „Der Mensch angesichts des Todes“: Sittlichkeit ist nur im Bündnis mit dem Wissen möglich, „aber wohl gemerkt nicht allein durch das Wissen. Es bedarf der gesamten Persönlichkeit.“

Im Ganzen betrachtet, so Merkel, sollen die Texte schließlich auch Utitz' spezifisch „autobiographisch pointierte philosophiegeschichtliche Sicht einer böhmischen Schule der ‚Brentanisten‘ dokumentieren“. Interessant sind in diesem Zusammenhang zwei mit einem zeitlichen Abstand von anderthalb Jahrzehnten entstandene Beiträge, die sich konkret mit dem Werk Franz Brentanos befassen. In den 1954, zwei Jahre vor seinem Tod, veröffentlichten Erinnerungen verglich Utitz sein persönliches und berufliches Schicksal mit dem von Brentano. Dass er die drei Jahre in Theresienstadt „halbwegs würdig und ungebrochen“ überstanden hatte, dafür fühlte er sich „ihm zutiefst verpflichtet“. „Stets“, so betonte er, „schwebte mir sein hohes Vorbild vor, die Erprobung der Philosophie durch das eigene Sein.“

Prag war für Utitz, wie er 1947 schrieb, „ein europäischer Brennpunkt, in dem sich die verschiedensten Einflüsse begegneten und kreuzten“. Entsprechend versammelt der abschließende dritte Teil von Mehrings Auswahl Texte, in denen Utitz vorrangig auf seine frühen, in Prag verbrachten Jahre zurückschaute. Ein Auszug aus seiner 1956 im Aufbau-Verlag erschienenen Biographie „Egon Erwin Kisch, der klassische Journalist“ vermittelt dabei einen exemplarischen Einblick in die Prager Literaturlandschaft um 1900, zu der auch der damals noch unbekannte Franz Kafka gehörte, der seine Ausbildung in „der insularen Geschlossenheit“ des am Altstädter Ring gelegenen Staatsgymnasiums erhielt. Von der gemeinsam mit Kafka verbrachten Schulzeit ließ sich für Utitz eine Parallele zu Ernst Barlach ziehen, den er während seiner Jahre an der



Universität Rostock kennengelernt hatte. Er charakterisierte beide als unauffällig und unscheinbar, ganz ihrem Werk ergeben, wobei Kafka ihm als eine Art Gast in Erinnerung blieb, „der die ungewohnte Umgebung mit Interesse wahrnimmt, verständnisvoll über sie lacht, aber sich doch von ihr distanziert“.

Der Band schließt mit der Einleitung zu Mandevilles „Bienenfabel“. In dem kurz nach dem Tod von Utitz in der *Philosophischen Bücherei* des Aufbau-Verlages veröffentlichten Text – den Mehring als eine „bittere Parabel auf den Sozialismus“ liest – fand sich unter anderem der prophetische Satz: „Die Suche nach der besten Religion hat mehr Unheil gestiftet als alle anderen Fragen zusammen.“

Welchen Stellenwert man den theoretischen Überlegungen von Utitz heute noch zugestehen möchte, sei dahingestellt. So hat Mehring bereits im Jahre 2003 in einem Beitrag in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* ganz sachlich festgestellt: „Die heutige ethische Diskussion braucht Utitz nicht.“ Doch zugleich entscheidet nach Mehring in diesem Fall ein anderes Kriterium darüber, dass wir einen Denker wie Emil Utitz nicht vergessen sollten: „Die Philosophiegeschichte aber hat gute Gründe, sich seiner als eines respektablen Universitätsphilosophen zu erinnern, der die ‚Sendung‘ der Philosophie auch in extremer Lage exemplarisch vertrat.“

*Reinhard Mehring (Hrsg.): Ethik nach Theresienstadt. Späte Texte des Prager Philosophen Emil Utitz (1883–1956), Königshausen & Neumann, Würzburg 2015, 216 Seiten, 48 Euro.*

---

## Querbeet (LVII)

von Reinhard Wengierek

Meine Fundstücke im Kunstgestrüpp: Diesmal Toiletten-Sex, Hauptmann-Wanderung, durchlöcherter Jeans ...

\*\*\*

Die französische Dramatikerin Yasmina Reza ist ein Weltstar. Und obendrein schwer verliebt in das deutschsprachige Theater mit seinen wunderbaren Schauspielern (präzise Einfühlungskönner, feinfühlig Subtext-Bloßleger), mit seinen ingeniosen Regisseuren, die es verstehen, sogar – wenn es denn sein muss – jenseits aller Dekonstruktionen diese so wunderbar ein- und feinfühlernden Schauspieler geradewegs ins Göttliche zu treiben. Vor zwei Jahrzehnten gelang das Felix Prader an der Schaubühne mit „Kunst“ – wurde ein Welthit. Die beiden folgenden Welterfolge „Gott des Gemetzels“ und „Drei Mal Leben“ brachten Luc Bondy und Jürgen Gosch in Zürich bzw. Wien zur Uraufführung; Rezas Literaturbetriebs-Satire „Ihre Version des Spiels“ kam unter Stephan Kimmigs Regie an Berlins Deutschem Theater heraus. – Großes Reza-Rauschen im deutsch sprechenden Hochleistungs-Virtuosentheater, das so besonders gut passt für die besondere Kunst dieser Autorin, bitterböse und übelriechende Abgründe im gutbürgerlich routinierten, fein duftenden Daseinsbetrieb freizulegen. Da blitzen dann unvermutet Menschheitsdramen auf im perfekt geölten Reza-Beziehungskisten-Boulevard. Da zeigt sich urplötzlich die entsetzliche Brüchigkeit der so sehr sicher geglaubten, doch eigentlich hauchdünnen Decke des Zivilisatorischen. – Dabei spielt die Dame höchst raffiniert und unheimlich unterhaltend mit Schnitzler, Tschchow, Albee oder Allen. Tollkühne, sarkastisch schillernde Kunststücke!

Jetzt hat Yasmina Reza ein neues Stück ertüfelt – eigens für ihren Lieblingsregisseur Thomas Ostermeier, dessen Arbeiten sie bei Gastspielen der Berliner Schaubühne in Frankreich so sehr bewunderte. Doch leider, bestürzende Überraschung: In „Bella Figura“ bleibt der Hickhack, den sich zwei bedauernswerte Paare auf dem Parkplatz und danach im Nobelrestaurant liefern, eben bloß Hickhack – und weiter fast nichts. Dabei steckt, Reza-Kenner ahnen es schon, bereits im Titel höchst Theaterauglich-Katastrophales: Man möchte gute Figur machen, obgleich alle

Beteiligten wissen, dass all ihr bella Mit- und Beieinander bloß große Scheiße ist. Doch, um drastisch im Bilde zu bleiben, die Scheiße kommt und kommt nicht zum Kochen.

Was soll ein Regisseur nun tun, bekommt er exklusiv auf dem Silbertablett die gepflegte Belanglosigkeit einer Weltberühmtheit gereicht? Kann ihr ja mal passieren; geschieht in den besten Familien. Trotzdem: eine Riesenenttäuschung. Doch ablehnen – unmöglich! Also versucht der arme Ostermeier, mit dem müden Blabla bella Figura zu machen. Wobei ihm seine beiden Stars, Nina Hoss und Mark Waschke, hingebungs- und aufopferungsvoll assistieren. Und noch dazu die exquisiten Stichwortgeber Stephanie Eidt, Renato Schuch, Lore Stefanek. Dennoch, es gelingt nicht. Die Chose klebt wie zäher Kaugummi am Bühnenboden. Da hebt nichts ab und bricht nichts ein oder auf. Fade Figures rackern bloß redlich sich ab, schleppen sich von Pointchen zu Pointchen. Quasselstrippentheater! Immerhin wird, das ist man sich schuldig, gekonnt gequält an der dürftigen Strippe entlang geplappert. Macht freilich trotz einigen Aufwands an optischen Effekten sowie eines Quickies auf dem Kneipenklo keine gute Figur.

\*\*\*

Im Nest namens Erkner vorm Rand der Reichshauptstadt lebte Gerhart Hauptmann, der spätere Literatur-Nobelpreisträger, mit seiner ersten Ehefrau. Hier war man sexuell wie literarisch schwer aktiv, hier kamen die Söhne Ivo, Eckart, Klaus zur Welt. – Es waren „grundlegende Jahre“ in Erkner, erinnert sich G. H. „Mit der märkischen Landschaft aufs innigste verbunden, schrieb ich dort ‚Fasching‘, ‚Bahnwärter Thiel‘ und mein erstes Drama ‚Vor Sonnenaufgang‘. Die vier Jahre sind sozusagen die vier Ecksteine für mein Werk geworden“, heißt es in einem rückblickenden Brief zu Weihnachten 1936 an die Gemeinde. – Die betreibt seit 1987 mit beträchtlichem Aufwand im „Ecksteinhaus“ (eigentlich Villa Lassen, benannt nach den einstigen Besitzern, die Hauptmanns waren ihre Mieter) ein sehr feines, frisch und geistreich hergerichtetes und mit vielfältigen Veranstaltungen aufwartendes Literaturmuseum – zugleich zentraler Veranstaltungsort des Städtchens in Märkisch-Oderland vor den Toren Berlins mit S-Bahn-Anschluss. Das Museum verwahrt wertvollste Archivmaterialien und Bibliotheksbestände und gibt höchst anschaulich und pointiert einen Gesamtüberblick über das von schweren politischen Widersprüchen aber auch künstlerischen Höchstflügen gezeichnete Leben des Ruhmreichen.

Soeben erschien im Verlag für Berlin-Brandenburg ein Museumsführer (8 Euro), der eigentlich sehr viel mehr ist als bloß Katalog. Das zeigt sich schon in der Autorenschaft: Stefan Rohlf, Museumswissenschaftler und rühriger Direktor des Hauptmann-Hauses, hat sich mit dem Literaturwissenschaftler Robert Schieding zusammengetan. Ihr reich illustriertes Werk bringt ein Porträt des Dramatikers in seiner Frühphase, verweist auf die Umstände seines Schaffens, sonderlich auch die familiären. Obendrein wird das schriftstellerische Schaffen in Bezug zur damaligen Zeit erörtert und Hauptmanns Stellung in der Weltliteratur beleuchtet. Zudem gibt es – Literatur-Touristen aufgepasst! – prima Tipps für herrliche Spaziergänge in Erkner und um Erkner herum auf den Spuren des Dichters.

\*\*\*

Mit dem Begrüßungsgeld war Brigitte P. „völlig überfordert“. 100 Westmark und dieser Warenaus. Das irritierte derart, dass sie schlicht bloß nach einem Deo griff – „La Frou“. Hans R. nahm aus gleichem Anlass die Queens-LP „The Game“, Ursula M. holte sich endlich echte Lewis. Die abgewetzten Jeans – wie das leere Deo und die angenagte Platte – liegt jetzt unter Glas als Exponat in der Ausstellung des Berliner Deutschen Historischen Museums „Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft“.

Zum Anfang vom „Übergang“ gehört die Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz kurz vor dem Mauerfall mit ihren genialisch-witzigen Plakaten. „Ich stehe hinter jeder Regierung, bei der man nicht sitzt, wenn man nicht hinter ihr steht“, heißt es da. Die pittoreske Sammlung der damals immerhin noch staatsfeindlichen Sichttagitation wurde hervorgekratzt aus dem Keller der Berliner Volksbühne, wo sie bislang lagerte. Hervorgekratzt ist hier das rechte Wort. Denn viele Exponate stammen aus privaten Kramkisten geschichtsbewusster Ostler.

Da gibt es die Mitbringsel der ersten Fernreisen in bislang verbotene Gebiete; Barbara B. kaufte in der Provence beispielsweise rustikale Steingutteller, Marianne Sch. brachte von Mallorca ein Badetuch mit — Banalitäten, die zu Reliquien wurden. Daneben das mit unheiligem Zorn warnende Protestplakat eines Häuslebesitzers aus Kleinmachnow gegen westdeutsche Rückübertragungsförderungen: „Für grundstücksfremde Personen (Wessis) ist das Betreten dieses Grundstücks strengstens untersagt!“ Und um die Ecke die Vitrine mit Kündigungsschreiben an die Kollegen der in Abwicklung befindlichen volkseigenen Betriebe. Ein Schritt weiter Geschichten über Monitor aus dem herzigen neuen deutsch-deutschen Liebesleben. Und spektakuläre Fotos der gigantischen Aufbauarbeit der so unglaublich verfallenen Ost-Orte. Dazu passend ein besonders anrührendes Dokument: der originale Zettel mit dem Aufruf zum Wiederaufbau der Frauenkirche Dresden.

Es sind aufgehäufte Geschichtsschnipsel, die sich da im Pei-Bau des DHM zu einem Puzzle fügen, das die Zeit zwischen dem Herbst 89 und den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung imaginiert. Doch soll sich jeder auf unterhaltsame Weise sein eigenes Bild basteln aus diesem pittoresken (gelegentlich auch erschütternden) Sammelsurium. Vom tollkühn stromlinienförmigen Entwurf eines Fernsehers des Italieners Luigi Colani für die RFT AG Staßfurt – ein letzter Versuch, der leider auch nicht den Untergang dieser einst so stolzen sozialistischen Firma verhindern konnte – bis hin zum Umlaufkartei-Gerät der Stasi, das dann für die Arbeit der Gauck-Behörde so eminent wichtig wurde. Daneben das speziell Anarchische dieser Zeit: die Hausbesetzer in der Mainzer Straße Ostberlins. Oder eine Nachbildung des Eingangs vom legendären Techno-Tempel „Tresor“ in der Leipziger Straße Berlin-Mitte. Und in der Ohrmuschel wummert's leise ...

---

---

## Jedes Bild ein wunderbares Unheil

von Thomas Behlert

Wie soll man einen Künstler bezeichnen, der Porträts von Berühmtheiten schafft, die schöner, faltiger, abstruser, witziger, greller, manchmal hässlicher, komischer und aufgeblähter sind, als Gott sie je erschaffen konnte? Da man sich festlegen muss, fallen oft die Bezeichnungen „karikierender Maler“ und „malender Karikaturist“. Sebastian Krüger, 1963 in Hameln geboren, begann mit 20 Jahren ein Studium an der Hochschule für bildende Kunst in Braunschweig, im Fach Freie Malerei. Bereits mit drei Jahren unternahm er erste Malversuche. Die künstlerisch „vorbelastete“ Familie erkannte sein Talent früh und förderte ihn maßgeblich. Da aber die festen Wege während des Studiums nichts für ihn waren, Krüger alles mehr und mehr als künstlerischen Zwang empfand, brach er das Studium ab und begann sich als Autodidakt weiterzubilden.

1986 erscheinen erste Illustrationen und Karikaturen in der Öffentlichkeit. Es folgen Auftragsarbeiten für viele bekannte Zeitungen und Zeitschriften. So konnten sich die Leser der Zeitschriften, *Kowalski*, *Titanic*, *Stern*, *Capital*, *Playboy* und *L'Espresso* (Italien) an witzigen Titelblättern erfreuen. Aber eigentlich waren diese Pflichtaufgaben nie sein Ding, wie er in einem Interview erläuterte: „Ich habe häufig Personen wie irgendwelche Wirtschaftsmanager und drittklassige Politiker malen müssen, die mir völlig am Arsch vorbei gehen. Ich war dann froh, dass ich das irgendwann – symbolisch gemeint – wieder ins Klo spülen konnte.“ Zufrieden konnte er da wohl nur mit dem „Schmerzengeld“, dem Honorar, sein.

Anfang der 1990er Jahre flog er bei der *Capital* raus, für die er die recht langweilige schwarze Krüger-Seite gestaltete. Seine Frau regte an, dass er endlich seine Ideen verwirklichen sollte. Mit unvergleichlichen und herrlich verrückten Stones-Porträts erreichte er den internationalen Durchbruch. Die Rolling Stones sind sowieso Krügers Streckenpferd und gleichzeitig Ideengeber, denn es gibt keine Band, die so viele unterschiedliche Typen vereint:

Da ist Keith Richards, dessen Gesicht von tiefen Falten durchzogen ist – Sebastian Krüger nennt Bilder von ihm „The Devil in Focus“ und „Mr. Roll“. Dann natürlich der Hungerhaken Mick Jagger, den der Künstler aus Deutschland noch dünner und unheimlicher malt. Der weit geöffnete Mund streckt sich dem Betrachter entgegen, man möchte den Finger hineinstecken und aus ihm das letzte Stück Rock`n Roll reißen. Oft sperrt Jagger die Klappe weit auf und schreit ein lautes „Satisfaction“ in die Welt hinaus. Charlie Watts ist nicht von dieser Welt, denn er lächelt still vor sich hin und weiß von seiner Größe. Schließlich ist da noch der Gitarrist auf Lebenszeit: Ron Wood. Ganz cool schaut er den Betrachter an, seine Lippen umspielt ein feines, kaum zu erkennendes Lächeln. Wood hat alles gesagt, er will nur noch Rock`n Roll spielen.

Neben den Stones gibt es den unheimlichen Michael Jackson, der schon vor seinem Tod auf Krügers Bild wie der Tod aussah. Unheimlich schön. Der coole Bob Dylan ist dabei, an dessen Spruch sich der Künstler Krüger immer gerne erinnert: „Ein Mann ist erfolgreich, wenn er morgens aufsteht, abends ins Bett geht und dazwischen macht, was er möchte.“ Bewundern kann man im neuen Sammelband die schießwütigen Clint und Arnold, die lustigen Beatles und sogar Pippi Langstrumpf in Siegerpose.

Angefangen hat alles mit Keith Richards, den er oft zeichnete und an den sein damaliger Agent eine Arbeitsmappe mit Bildern weiterreichte, an der er Gefallen fand. Man traf und verstand sich auf Anlieb und besucht sich bis zum heutigen Tag. In der gerade erschienenen Sammlung „Face2Face“, die nach „Stones“, „Stars“ und „Faces“ das vierte Wunderwerk ist, gibt es neben den Stones und vielen weiteren alten Stars auch die Helden der Jetztzeit, wie „Noel“ (Gallagher), „Amy“ (Winehouse), „Johnny“ (Depp).

Auf den Bildern sind kleinste Haarstrukturen zu erkennen. Jede Bartstoppel wird sichtbar, die Augen sind fest zusammengekniffen oder weit aufgerissen, so dass man jeden Moment mit einem Unheil rechnen muss. Bei Michael Jackson („The Lost Boy“) könnte der Betrachter meinen, es ist ein Foto vom letzten Konzert, als Drogen, falsche Tabletten ihr „Werk“ vollendeten. Der Ausnahmesänger geht noch ein letztes Mal vollkommen in seiner Musik auf, Mund und Augen sind weit aufgerissen, die Faust stößt ins Leere. Einmalig und schön die Skizzen der verstorbenen Bluesmusiker (Albert King, Little Walter, Billie Holiday, Leadbelly), die Songs für die Ewigkeit schufen und von Krüger für diese gemalt und gezeichnet wurden.

Im Sinne der New Pop Art schuf Sebastian Krüger nicht schöne, aber wahre „Faces“. Man blickt endlich wieder in Gesichter, die Lebendigkeit zeigen und nicht von der heutigen Boulevardpresse der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Krügers Werke vereinen sich mit der Wirklichkeit und bringen echte Lichtreflexe und Schattenspiele, aber auch Traumlandschaften und abstrakte Momente. Es ist einfach die „nackte“ Wahrheit.

Mittlerweile veröffentlicht der Ausnahmekünstler nicht nur Bilder in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Vor einigen Jahren eröffnete der Club „Moods“, Las Vegas, seine Pforten. Als Höhepunkt gelten nicht nur die Jazz-, Blues- und Rockgrößen, die hier regelmäßig spielen, sondern vor allem die sieben Krüger-Bilder, die riesig groß über der langen Theke prangen. Regelmäßig werden in der Galerie 319, in Santa Monica (USA), Bilder ausgestellt, wie auch in London, Boston, Soho und im „L'Unique“, in Basel.

Bis überhaupt der erste Strich auf der Leinwand erscheint, muss das Bild schon im Kopf des Porträtmalers existieren, wobei die zu malende Person ein interessantes Gesicht und Ausstrahlung besitzen sollte, ein DSDS-Sternchen oder die „Dauergrinse“ Yvonne Catterfeld werden nie den Hauch einer Chance bekommen. Er ist der Star des New Pop Realism, der in seiner Kunst ein Ventil sieht, Aggressionen loszuwerden. Mit Sebastian Krüger besitzt Deutschland einen der größten Künstler der Gegenwart. Ein langer Blick in das neue Buch „Face2Face“ wird diese Aussage bestätigen und festigen.

*Sebastian Krüger: Face2Face. Fine Art by Sebastian Krüger. Verlag Lappan Art, Oldenburg 2015, 160 Seiten, 50 Euro.*

## Film ab

von Clemens Fischer

Vor etlichen Jahren flog der Rezensent nicht ausschließlich, aber auch deswegen nach New York, um sich Gustav Klimts Gemälde „Adele Bloch-Bauer I“ (1907), ein Schlüsselwerk der Wiener Sezession und des dortigen Jugendstils, in der Neuen Galerie anzusehen. Das Bild war kurz zuvor als damals teuerstes verauktioniertes Gemälde (135 Millionen Dollar) in diese Galerie gewechselt – von der Besitzerin Maria Altmann, einer Nichte der Porträtierten und letzten überlebenden Erbin des Gatten der Adele Bloch-Bauer, die bereits 1925 jung verstorben war. (Die Neue Galerie gehört Ronald Lauder, einem der Erben des gleichnamigen Kosmetikkonzerns.) Die Beschauung von „Adele Bloch-Bauer I“ fiel übrigens höchst beeindruckend aus, nicht zuletzt weil die Neue Galerie eine ganz vorzügliche Sammlung deutscher und österreichischer neuer Meister (neben Klimt Schiele, Kubin, Kokoschka, Beckmann, Dix, Kirchner und andere) vorzuweisen hat.

Was der Rezensent seinerzeit allenfalls ansatzweise und nur am Rande zur Kenntnis nahm, das war die Vorgeschichte der Neubeheimatung des Bildes auf Manhattan. Es hatte zuvor fast 70 Jahre im Schloss Belvedere in Wien gehangen und galt als Nationalikone der Alpenrepublik – auch als österreichische Mona Lisa apostrophiert. Bei „Adele Bloch-Bauer I“ handelte es sich aber, zusammen mit vier weiteren Klimt-Gemälden aus dem Besitz Bloch-Bauer um Raubgut, das dem jüdischen Eigentümer von den Nazis gestohlen worden und nach Kriegsende dem österreichischen Staat anheimgefallen war. Der gerierte sich jahrzehntlang als Eigentümer – auf der Grundlage eines Testaments von Adele Bloch-Bauer, in dem ihr Wunsch einer Weitergabe an das Belvedere fixiert war, das Dritte aber nicht offiziell einsehen durften – aus gutem Grund, wie sich später herausstellte. Die Weitergabe war an eine (nicht erfüllte) Bedingung geknüpft, und das „Testament“ war formal-juristisch im Hinblick auf die Gemälde gar kein solches.

Maria Altmann hätte allerdings, um ihren Anspruch in Österreich vor Gericht durchzusetzen, millionenschwer sein müssen, da eine nach dem damaligen Verkehrswert des Bildes, der bereits mit über 100 Millionen Dollar veranschlagt wurde, festzulegende Vorauszahlung an die Wiener Justiz zu leisten gewesen wäre. Über *den* Betrag verfügte die alte Dame nicht, dafür aber hatte sie einen pfiffigen Anwalt, der den Fall mit einigem Geschick in den USA vor die Schranken des Gerichts brachte ... Mehr soll hier nicht verraten werden, da dies alles nun im Kino ausgebreitet wird – mit einer einmal mehr grandiosen Hellen Mirren in der Hauptrolle.

Vielleicht zur Sache selbst nur noch kurz dieses, da im Film davon die Rede nicht ist: Die fünf Klimts erbrachten bei ihren späteren Versteigerungen insgesamt 328 Millionen Dollar. Der Anwalt Maria Altmanns, ein Enkel des Komponisten Arnold Schönberg, erhielt davon 40 Prozent. Allerdings hatte nicht er den Fall ins Rollen gebracht, wie die Filmhandlung behauptet, sondern der österreichische Journalist und Verleger Hubertus Czernin. Der kommt im Film zwar auch vor, aber eben nicht mit seinem realen Anteil an diesem spektakulären Restitutionsfall. Das ist nicht die einzige Abweichung des Films von der historischen Wahrheit, aber es handelt sich ja auch um einen Spiel- und nicht um einen Dokumentarfilm.

„Die Frau in Gold“, Regie: Simon Curtis; derzeit in den Kinos.

---

## Antworten

**Gregor Gysi, linker Übervater und (nicht zu später) Staffelstabübergeber** – Gewiss gibt es an den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland in politischer, sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und manch weiterer Hinsicht Grundsätzliches zu bemängeln und im Detail noch etliches mehr. Trotzdem teilen Sie die Neigung so mancher Linker nicht, das Kind gleich mit dem Bade auszuschütten, selbst wenn man eine praktikable, also auch mehrheitsfähige Alternative ge-

rade nicht anzubieten hat. Auf dem vor wenigen Tagen beendeten Konvent Ihrer Partei in Bielefeld haben Sie Ihren Mitstreitern jedenfalls wieder einmal den Rechtsstaat als hohes Gut ans Herz gelegt. Denn die Kostbarkeit dieses zivilisatorischen Standards nehmen ja längst nicht alle Ihre Genossen zur Kenntnis, obwohl es zu deren Bewusstmachung nur eines simplen Rechenexempels bedarf: Von den etwa 200.000 Jahren der Geschichte des Homo sapiens herrschte bisher nur maximal 500 Jahre so etwas wie Demokratie, wenn man die klassische athenische einberechnet. Also lediglich während 0,25 Prozent der Menschheitsgeschichte genoss wenigstens ein Teil der Weltbevölkerung – in Vergangenheit und Gegenwart aber bisher stets nur ein kleiner – Lebensumstände mit individueller Erwartbarkeit eines gewissen Maßes an sozialer Sicherheit, Rechtssicherheit, körperlicher Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Person ...

Sie sagten in Bielefeld: „Gegen eine kapitalistische Diktatur ist die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt, um sie zu überwinden, braucht man eine Revolution. Wir aber leben in einer politischen Demokratie. Deshalb kommt für uns nur der gewaltfreie Weg der Transformation infrage. Wir müssen versuchen, eine Mehrheit der Menschen in unserem Land von unserem Weg zu überzeugen. Wenn uns das nicht gelingt, haben wir nicht das Recht, sie zu unserem Weg zu zwingen.“

Nicht zuletzt war Ihre Bielefelder Rede ein im positiven Sinne Schulbeispiel dafür, wie die Stafelstabübergabe einer politischen Führungspersonlichkeit an Jüngere zu einem nicht zu späten Zeitpunkt erfolgen sollte. Sie waren und bleiben ein Solitär im politischen Betrieb Deutschlands, ohne den dieser noch weit blutleerer wäre, als er uns so häufig vorkommt, und ohne den die Linke in der Gesellschaft heute nicht dort stände, wo sie steht. Das an letzterem Sachverhalt im Übrigen zahlreiche Persönlichkeiten mitgewirkt haben, haben Sie durch entsprechende Namensnennungen in Ihrer Rede auch selbst verdeutlicht.

Hut ab vor Ihrer (bisherigen) Lebensleistung, vor allem in den vergangenen 25 Jahren! Und da ist es uns mal völlig Wurscht, ob wir mit diesem uneingeschränkten Sonderlob auch Ihrer inzwischen manchmal schwer erträglichen Eitelkeit Zucker geben ...

**Karl Jaspers, an der erwünschten Demokratie gelitten Habender** – Vor fast 50 Jahren haben Sie bei der Erörterung der Schulfrage in Sachen Nazibarbarei eine Feststellung getroffen, die leider von nahezu unveränderter Aktualität ist. Es ging Ihnen um den Mangel an Miteinanderreden und Aufeinanderhören. „Dies wird verschlimmert dadurch“, haben Sie gesagt, „dass so viele Menschen eigentlich nicht nachdenken wollen. Sie suchen nur Schlagworte und Gehorsam. Sie fragen nicht und sie antworten nicht, außer durch Wiederholung eingelernter Redensarten. Sie können nur behaupten und gehorchen, nicht prüfen und einsehen, daher auch nicht überzeugt werden. Wie soll man reden mit Menschen, die nicht mitgehen wollen, wo geprüft und nachgedacht wird und wo Menschen ihre Selbständigkeit durch Einsicht und Überzeugung suchen!“ Ließen sich ein halbes Jahrhundert später diesbezüglich strukturelle Fortschritte wenigstens bei Linken feststellen, was hätte gewonnen sein können.

**Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission** – Wie immer man zu Ihnen und Ihrem Auftritt beim G7-Gipfel in Elmau stehen mag, allein schon für eine Aussage und vor allem deren Klarheit könnte man Ihnen dankbar sein: „Wir müssen uns dringendst mit dem Thema Lieferkette (supply chain) auseinandersetzen. Wir brauchen Standards, denn der internationale Handel braucht Verkehrsregeln. Wir brauchen Mindeststandards bei Arbeit und Umwelt. Es kann nicht so bleiben, dass wir unseren Wohlstand gründen auf Sozialdumping in anderen Erdteilen. Dieser perverse Prozess muss zu einem Ende gebracht werden.“ Die Hoffnung, dass bei G7 & Co. daraus nennenswerte Konsequenzen erwachsen, gehen allerdings gegen Null.

**Jakob Pietschnig und Martin Voracek, Forscher der Uni Wien** – Ihre umfangreiche Studie hat belegt, dass die Menschen seit einem Jahrhundert immer schlauer werden; ihr Intelligenzquotient jedenfalls signifikant steigt. Merkwürdig, dass man zugleich den Eindruck immer wieder bestätigt findet, dass sie – eben diese Menschheit – in elementaren Fragen dennoch nichts dazugelernt hat.

**Recep Tayyip Erdogan, Möchtegern-Sultan** – Ihre famosen Pläne einer Alleinherrschaft per Präsidialsystem haben Schiffbruch erlitten. Nun reicht es für Ihre reaktionäre AKP nicht einmal mehr zur absoluten Herrschaft im Parlament, das zudem auch noch die kurdische Partei erdulden muss. Ohne sich in Illusionen zu verlieren, ist man manchmal – wie eben in diesem Falle – geneigt, doch auch an eine positive Wirkungsmacht demokratischer Entscheidungen zu glauben.

**Eidgenossinnen, spätberechtigte** – Bei allem Respekt, den unsereiner vor der helvetischen Basisdemokratie haben kann, sei doch auf einen bemerkenswerten Jahrestag hingewiesen, den Spätgeborene möglicherweise für einen Scherz halten: Am 14. Juni 1981 (!) wurde die Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung der Schweiz verankert. Das Wahlrecht war der Weiblichkeit des Alpenlandes „schon“ zehn Jahre zuvor zuteil geworden. Sehen wir mal von der Diskrepanz zwischen normativer Gleichberechtigung und deren Alltagsrealitäten ab, so belegt diese demokratische Spätgeburt zumindest, dass die Aufklärung auch im Herzen Europas teils ziemlich lange gebraucht hat, um rundum Verfassungsrang zugebilligt zu bekommen.

**Franziskus, Stellvertreter Gottes auf Erden** – Möglicherweise dank Ihres nach heute üblichen Maßstäben unspektakulären Auftretens und Wirkens scheint vieles Ihres segensreichen Obwaltens im Amt zumindest deutsch-medial zwar nicht verloren zu gehen, aber doch betont zurückhaltend behandelt zu werden. So also auch Ihre Entscheidung, der Verschleierung von Missbrauchsfällen ein Ende zu bereiten. In Zukunft sollen Bischöfe wegen Amtsmissbrauchs belangt werden können, wenn sie nicht adäquat gegen mutmaßliche Straftaten vorgehen. Das wird Ihnen, so scheint es jedenfalls möglich, neuerlich in der apostolischen Nomenklatura mehr Feinde als Unterstützer zu bescheren – umso mehr ist Ihnen unsere – wenn auch atheistische – Sympathie sicher.

**Jack Warner, ehemaliger Vizepräsident der FIFA** – ihr Dementi, dass auch vor der Vergabe der Fußball-WM 2006 in Deutschland Bestechungsgelder an und über Sie geflossen seien, lassen wir mal so stehen. Viel aufschlussreicher in Bezug auf die Selbsteinordnung zumindest der FIFA-Obrigkeit ist Ihre folgende Auskunft: „Ich bin mir keiner Schuld bewusst. War es etwa Korruption, als Obama mich zum Essen eingeladen hat? Oder Putin? Man erweist sich unter mächtigen Männern gegenseitig einen Gefallen, das ist keine Korruption.“ Ja wenn das so ist ...

**Bohuslav Sobotka, Premier der Tschechischen Republik** – Auch Ihr Land lehne eine EU-weite Quotierung der Flüchtlingsaufnahme ab, haben Sie wissen lassen, zugleich aber einen Akt vorbildlich generöser Solidarität bekundet: Tschechien nämlich werde „freiwillig“ 15 Flüchtlingsfamilien mit insgesamt 70 Personen aus Syrien aufnehmen. Vor solcherart Selbstlosigkeit kann unsereiner nur gerührt verstummen.

**Oxana K., junge Mutter** – Bei der Geburt Ihres Maximilians per Kaiserschnitt haben Sie Maßstäbe gesetzt, die alle Krankenkassen geradezu zwingen dürften, über die Kostenübernahme für Krankenhausleistungen bei der Entbindung nachzudenken. Da Sie in Bad Oeynhausen bei eben dieser selbst Hand angelegt und Ihren Sohn so ans Tages- und Weltenlicht befördert haben, dürfte das Verlangen der Kassen wachsen, dass Schwangere künftig das Gebären gut und gern allein und damit ohne kostenträchtige Personalhilfe und Krankenhausaufenthalte erledigen. Schließlich haben Sie bewiesen: Es geht doch!

---

## Bemerkungen

### Sünde und Genuss

Da folgen bei *Spiegel-online* zwei Meldungen gleich hintereinander: In seinem „Ökomanifest“ kritisiert Papst Franziskus Konsumrausch, Umweltzerstörung und die Unterwerfung der Politik

unter die Interessen der Wirtschaft als für die Menschheit selbstmörderisch. Und die andere: Im Schnitt werfen die Deutschen 313 Kilo genießbare Nahrungsmittel unnötig weg – pro Sekunde! Und eine Milliarde Menschen hungert – Tag für Tag. Ja, diese Welt ist längst pervers, der Papst hat recht. Und ausnahmsweise sind daran nicht der Sozialismus und nicht einmal die Stasi schuld. Allerdings auch nicht allein das Kapital, das aus alledem Gewinn zieht. Denn spielte das Gros der Menschen hierzulande und anderenorts in der Ersten Welt das üble Spiel nicht mit, würde es nicht mehr lange funktionieren. Aber das diesbezüglich mal ein Wandel geschehe – so gläubig ist vermutlich nicht einmal der Papst, zumal auch seine allezeit kreuzschlagenden Schäfchen beim Tanz um das goldene Kalb massenhaft wacker dabei sind.

*HWK*

## **Salut für al Sisi**

Wir sind kein Freund von solchen Staaten,  
in denen die Gewalt regiert.  
Drum werden deren Potentaten  
ausschließlich dann von uns hofiert,  
wenn sie uns ökonomisch nützen  
und uns politisch unterstützen.  
Ein Staatsmann, den man kritisiert,  
weil er sein Volk tyrannisiert,  
wird von uns lediglich geehrt,  
sofern er unser Wachstum mehrt.  
Wenn er mit uns Verträge schließt,  
dass unser Wirtschaftswachstum sprießt,  
kann man ihm alle Schweinereien,  
die er zu Hause macht, verzeihen.  
Das alles ist dann nur noch nebbich.  
Der Mann darf auf den roten Teppich,  
wo er, von Prominenz begleitet,  
die Ehrenkompanie abschreitet.

Florierende Ökonomie  
erquickt sich an Moralphobie.

*Günter Krone*

## **Europampe**

*BILD online* meint, die Bürger seien bei der Einführung des Euro von führenden Politikern „verschaukelt“, also belogen worden, weil damals gesagt wurde, Deutschland müsse nicht für die Schulden anderer Länder aufkommen, jedoch „inzwischen haftet Deutschland mit mehr als 80 Mrd. für Griechenland“. Mit dem Vorwurf des Verschaukelns sollte man sich zurückhalten, denn Verschaukeln setzt das Wissen um die Wahrheit und damit eine Intelligenz voraus, die nicht so ohne weiteres zu unterstellen ist.

*gk*

## **Von infantilem Träumen**

Kulturschock in Katar: Zum ersten Mal seit 15 Jahren muss das ölgeldverwöhnte Emirat mit einem Haushaltsdefizit rechnen. Mit einem Defizit in Höhe von 4,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sei zu rechnen, verlautet aus dem Ministerium für Entwicklungsplanung und Statistik in Doha. Nun kann und darf man Katar und Griechenland freilich nicht in eins setzen, bewahre. Nur eben stellt sich doch eine Gemeinsamkeit fest, wenn man an deutsche Rüstungsexporte denkt, die ja



stets einen regierungsamtlichen Hintergrund haben. Zieht Berlin nun etwa eine – wenn auch späte – Lehre aus der Tatsache, dass man Griechenlands abstruse Rüstungspolitik vor Syriza höchst willfährig mit der Lieferung sauteurer U-Boote (unter anderem) beliefert hat, als Athens finanzielles Verhängnis schon absehbar war? Das hieße im Falle Katar indes, den „größten Waffendeal der jüngeren deutschen Geschichte“ (*Die Zeit*) von 2013 mit einem Umfang von 1,9 Milliarden Euro auszusetzen. Aber ach, welch infantiler Traum ...

*Helge Jürgs*

## **Kurze Hosen\***

Als wenn dies nicht alle Jungs kennen würden: Spätestens in der Schule und/oder im heimischen Quartier fügen sich Zufalls- zu Zweckgemeinschaften. Das Sagen hat der jeweils Stärkste, um den man sich zu sammeln pflegt. Das ist manchmal auch der Klügste, aber nur manchmal. Je nach eigener Muskel- beziehungsweise Geisteskraft geben die anderen das Gefolge; mal freiwillig gern, mal widerwillig notgedrungen, mit allen Zwischenstufen binnen dieser Pole.

Gibt es etwa gleichwertige oder auch nur ähnlich eigensinnige Platzhirsche, ist in der Regel eine Zellteilung angesagt. Nun entstehen Gruppen, und sie werden, was die Durchsetzung eigenen Willens betrifft, in kürzester Frist fast immer zu Konkurrenten. Wer dereinst mal zusammen spielte, hasst sich nun von Herzen, denn im Gegensatz zur erwiesenen eigenen Lauterkeit ist der andere dumm oder böse, meist ist er beides, und zwar sehr. Entrüstet demaskiert man „Die Anderen“ dreimal täglich als gemein, verschlagen, brutal und feige; sie sind halt die Bösen. Das schreit nach Rache, und wenn erst der Platzhirsch danach schreit, gibt es Keile für „Die Anderen“, am besten gegen jeden einzelnen und aus einer furchterregenden Übermacht heraus. Wer versucht, sich raus zu halten, hat oft sogar die schlechtesten Karten. Bestenfalls ist er isoliert, anderenfalls aber ein beliebtes Opfer beider Konkurrenten. Zwischen denen geht es dann aber solange zur Sache, bis es möglicherweise zwar noch verschiedene Gruppen gibt, aber nur eine die fraglose Hoheit hat; die ihres „Chefs“. Ist die erreicht, bleibt „Den Anderen“ entweder eine lange Trauerzeit als Verlierer oder aber die Unterwerfung, bis – eventuell – zum nächsten Mal oder zum nächsten Kandidaten für die Spitze des Rudels.

Kinder pflegen in solchen Dingen ziemlich taktlos zu verfahren, um es sehr freundlich auszudrücken. Wo es zwangsläufig an Reife und/oder Verstand gebricht, wird an Argumente keine überflüssige Zeit verschwendet. Die Muskelkraft samt der von ihr benutzten Hilfsmittel richtet alles fast von allein und auf das verbindlichste. Wer sich auf der „richtigen“ Seite bewegt, der kommt um den Preis der eigenen Würde möglicherweise unterm Regen durch, vielleicht kann er am Machtgefühl sogar ein wenig partizipieren. So entstehen Cliques bei (vornehmlich) Jungs, und so funktionieren sie. Das weiß – wie gesagt – ein jeder, so er seine Kindheit denn nicht bei einem Privatlehrer im Schutz des elterlichen Kabinetts hat verbringen können/dürfen/müssen. Irgendwann hält (fast) ein jeder dieses Lebenskapitel für abgeschlossen, der eine früher, der andere etwas später. Aber vielleicht ist gerade das einer der grundlegenden Irrtümer unserer Spezies. Denn, um nur mal wieder auf das Tun und Lassen der Beteiligten am Ukraine-Konflikt samt deren jeweilige Unterstützer zu verweisen – man sehe sich die Protagonisten an und stelle sie sich einfach mal in kurzen Hosen vor ...

*\* – Bis auf den hier aus aktuellem Anlass veränderten letzten Satz ist dieser Text über die Jahre im Blättchen bereits zweimal erschienen – eigentlich könnte ihm ein fester Platz zugewiesen werden. Exklusive Bezüge im letzten Satz lassen sich leider immer finden, denn wirklich lernfähig sind die Menschen in summa wohl nicht.*

*Horst Jacob*

## **Mein Dekalog**

*Wir haben Blättchen-Autoren und -Freunde befragt: Wenn Sie, aus welchen Gründen auch immer, für den Rest Ihres Lebens mit zehn Büchern auskommen müssten, welche wären dies?*

*Und wir haben auch uns selbst befragt ...  
Die Redaktion*

1. Lao-tse: Tao te king
2. Omar Chajjam: Rubaijat
3. Michel de Montaigne: Essays
4. Georg Christoph Lichtenberg: Sudelbücher
5. C.W. Ceram: Götter, Gräber und Gelehrte
6. Theodor Fontane: Der Stechlin
7. Georges Simenon: Das Testament Donadieu
8. Heinrich Mann: Henri Quatre
9. Thomas Mann: Doktor Faustus
10. Günter Grass: Ein weites Feld

*Hermann-Peter Eberlein*

1. Edgar Hilsenrath: Nacht
2. Robert Merle: Der Tod ist mein Beruf
3. Erich Maria Remarque: Der Funke Leben
4. Ernest Hemingway: 49 Stories
5. Stefan Heym: Ahasver
6. Stefan Zweig: Josef Fouche
7. Lion Feuchtwanger: Der jüdische Krieg (3 Bände)
8. Erwin Strittmatter: Der Wundertäter (3 Bände)
9. Hermann Kant: Die Aula
10. Antal Szerb: Die Pendragon-Legende

*Gabriele Muthesius*

## **Insellektüre**

Von einem interessierten Herrn erhielt Thomas Mann, aus gegebenem Anlass, eine Anfrage. Was er denn auf eine einsame Insel an Büchern mitzunehmen gedenke. Da kämen, so antwortete dieser, in die engere Wahl: *Väter und Söhne* (Iwan Turgenjew), Goethes *Faust*; etwas von Dostojewski – *Die Brüder Karamasow* oder *Die Dämonen*. Tolstois *Krieg und Frieden*. Ein Band von Adalbert Stifter – vielleicht *Die bunten Steine*. Und aus der französischen Literatur wahrscheinlich noch *L'Education sentimentale* (Gustave Flaubert: *Erziehung der Gefühle*). In der Eile vergaß der Befragte natürlich das wichtigste Werk. Dasjenige mit dem längsten Titel, aber mit dem größten Nutzen für ein Inseldasein: *The Life and Strange Surprising Adventures of Robinson Crusoe of York, Mariner* von Daniel Defoe.

*Renate Hoffmann*

*Mit freundlicher Genehmigung des Eulenspiegel Verlags (aus: Er konnte ja sehr drollig sein. Anekdoten über Thomas Mann).*

## **Der kleine Peter vom Film**

Ein acht Jahrzehnte währendes öffentliches Leben im Dienste der Kino- und Theaterbesucher, der Fernsehzuschauer und vor allem der Rundfunkhörer galt es darzulegen, als Gastgeber Ilja Richter im Berliner Schlosspark Theater den einstigen Kinderstar Peter Bosse empfing. Er steht mittlerweile im 85. Lebensjahr und begann seine Laufbahn mit drei Jahren im Rundfunk in der Masurenallee. Mit vier filmte er erstmals an der Seite von Magda Schneider und Benjamino Gigli, mit denen er auch in weiteren Filmen auftrat. Der kleine Peter drehte in Berlin, Prag und Rom unter Regisseuren wie Augusto Genina, Douglas Sirk und Martin Frič. Seine eigentliche Regisseurin war aber seine Mutter Hilde Maroff, ein früherer Stummfilmstar. Sie wusste, wie man Sohnmätz zu den natürlichsten Leistungen bringt, erzählte er. Neben Hans Moser spielte der kleine Peter 1936 die Hauptrolle

in dessen bestem Film „Das Gäßchen zum Paradies“. Wegen „Elendstendenzen“ konnte der Film damals nur kurze Zeit laufen, und beide Hauptdarsteller trafen sich 1954 im Hansa-Kino in Moabit wieder, wo die Wiederaufführung gefeiert wurde. Damals war Bosse bereits von West- nach Ostberlin gezogen. Dort sprach er am Berliner Rundfunk alles, was gebraucht wurde – vom Hörspiel und den Wasserständen und Tauchtiefen bis zu „7-10 in Spreetheater“. Dass er das Experiment Sozialismus dem Wirtschaftswunder der Bundesrepublik vorzog, hatte mit der konsequenten Friedenspolitik in der DDR zu tun, wie Bosse auf energische Nachfrage von Richter erzählt, denn er hatte seine speziellen Erfahrungen machen müssen. Nach der Reichspogromnacht hatte er als Siebenjähriger Auftrittsverbot erhalten, denn nach der Nazi-Terminologie galt er als „Vierteljude“ und musste den Krieg über mit Mutter und Schwester Dutzende Male umziehen. Zuvor hatte es noch eine groteske Begegnung mit Hitler in der Reichskanzlei gegeben, der dort mehrere Filmliebhaber empfing, aber von keinem so aus der Fassung gebracht wurde wie von dem aufgeweckten Peter Bosse. Er erzählt es heute pointenreich, und Ilja Richter, dessen jüdische Mutter nur mit gefälschter Identität das „Dritte Reich“ überleben konnte, fragt mehrmals nach, wie so etwas gehen konnte. Genau wird man es wohl in dem Erinnerungsbuch nachlesen können, an dem Peter Bosse gerade arbeitet. Hier kann man dann auch erfahren, wie es der „abgewickelte“ Bosse in den neunziger Jahren schaffte, einen neuen Radiosender aus der Taufe zu heben, der heute noch als „Spreeradio“ Erfolg hat. Ilja Richter stellte die Matinee übrigens unter das Motto „Wir Kinderdarsteller müssen zusammenhalten“, ein Trost, den ihm Curt Bois mitgegeben hatte, als beide vor fünfzig Jahren im Schlosspark Theater spielten. Zu Curt Bois' 100. Geburtstag gab es in der Ägide von Heribert Sasse hier eine Foyerausstellung. Jetzt hängt immerhin noch ein Foto mit Curt Bois im Foyer. Doch während alle anderen Schauspieler mit Namen genannt werden, fehlt der von Bois. Das fiel Peter Bosse auf, der gern noch erzählt hätte, wie er mit Bois in Hörspielen sprach. Aber danach hat Ilja Richter ihn nicht gefragt.

*Frank Burkhard*

## **Ab inne Wanne**

Es ist heiß in Berlin.  
 Wo soll ick bloß hin?  
 Mir fehlt echt die Kühle  
 In all dieser Schwüle.  
 Ick muss inne Wanne  
 Und det volle Kanne!

Es lastet die Hitze  
 Det ick nur so schwitze.  
 Mir rinnt ja der Schweiß  
 Von der Stirn bis zum Steiß.  
 Wo soll ick bloß hin?  
 S'ist zu heiß in Berlin.

Ick liebe die Stadt.  
 Nu macht se mich platt.  
 Ick muss inne Wanne  
 Und det volle Kanne!  
 Ick mach nich mehr rom  
 Und mach mir von hinne – nach Usedom!

*Jürgen Scherer*

## **Musikalischer Reiseführer für Nomadenseelen**

Die Schweizerin Sophie Hunger hatte vor drei Jahren mit ihrer letzten Studioplatte „The Danger of Light“, einer längeren Tournee und dem darauffolgenden Livealbum „The Rules of Fire“ fast eine Art Kultstatus im Genre des Alternative Rock erobert.

Um dann, musikalisch leergefegt, die Flucht aus dem Musikgeschäft nach Kalifornien zu ergreifen.

Dieser Exilaufenthalt in den USA dauerte zwar noch eine Zeit, bevor sie wieder nach Europa übersiedelte – derzeit ist Berlin ihr Hauptwohnsitz. Doch die Flucht vor weiteren musikalischen Aktivitäten war nur sehr kurzfristig. Denn in einem Museum im Golden Gate Park von San Francisco wurde die Künstlerin fasziniert von den Mondarrstellungen. Wissenschaftlichen Theorien zufolge wurde der Mond nach einem Crash zwischen der Erde und einem Himmelskörper ins All geschleudert. Der Mond besteht demnach aus alter Erde. Was Sophie Hunger sehr irritiert:

„Wir heulen ihn an, weil er für uns so schön die Sehnsucht nach dem Fremden darstellt. Dabei ist er ein Teil von uns.“

Zwei Wochen hielt die selbst auferlegte musikalische Abstinenz nur an, dann begann sie mit einer Gitarre neue Lieder zu schreiben. Im Titelsong der neusten CD singt Hungers Mond, der in der ersten Person erzählt und auf die Erde hinunterblickt:

„I was cut of your stone

I am empty but I'm never alone.“

Man könnte natürlich an die Stelle des Mond-Ichs die Sängerin selbst setzen und die musikalische Botschaft dann so verstehen:

Ich bin aus demselben Stein wie ihr gehauen, liebes Publikum. Ich bin leer und unbewohnt, aber nie allein.

Allein die Songtitel wie „Mad Miles“, „Die Ganze Welt“, „Heicho“ (schweizerdeutsch für: nach Hause kommen) oder „Queen Drifter“ verraten, dass das Album „Supermoon“ von einer Person handelt, die auszug ...

„Queen Drifter“ etwa ist ein Stück, das das Unterwegssein thematisiert: keine Wurzeln schlagen, ohne Familie leben, das Abenteuer suchen ...

Und dabei ummantelt sie ihre Texte nicht mit weichgespülten Melodien, sondern arbeitet mit Halleffekten oder entlockt den Instrumenten verzerrte Effekte.

Und wenn Kalifornien in „Mad Miles“ bedacht wird mit den Zeilen:

„There's nothing here to remember or recognize

I could stay here forever and never arrive“

dann ist dies vielleicht auch eine Reminiszenz an ihre Kindheit, die von vielen Ortswechsellern geprägt war.

Immer weiterziehen und nie wirklich ankommen ... Sophie Hunger hat hierfür einen musikalischen Reiseführer für Nomadenseelen geschrieben.

*Thomas Rüger*

*Sophie Hunger: Supermoon, CD 2015, Label: Caroline/Universal Music, etwa 15 Euro.*

## **Medien-Mosaik**

Wie sehr dürsten die deutschen Filmkritiker und die Deutsche Filmakademie nach etwas Neuem, was auch immer es sei! Anders sind weder das (allerdings nicht einhellige) Kritikerlob noch die sechsfache Nominierung zum Deutschen Filmpreis für Sebastian Schippers Spielfilm „Victoria“ zu erklären. Nur die Nominierung für den besten Schnitt fehlt, und das wäre wirklich übertrieben, denn montiert wurde dieses äußerlich gelungene Experiment nicht. Es gibt nur eine einzige Einstellung, und die dauert 140 Minuten. Zu Zeiten des Zelluloids konnte eine Einstellung nur so lange dauern, wie eine Filmrolle reichte, also etwa 10 Minuten. Was man da Faszinierendes zaubern kann, haben in den siebziger Jahren zum Beispiel Miklós Jancsó und sein Kameramann Janós Kende in „Elektra“ und anderen Filmen bewiesen. Der Norweger Sturla Grøvlen hat in „Victoria“ an der Digitalkamera wirklich eine große Leistung an Konzentration und Ausdauer bewiesen. Aber was für Bilder sind dabei herausgekommen! Meist sind sie verwackelt, und weil der Film auf Improvisation beruht, weiß der Kameramann auch nicht, was passieren wird, wer agiert, und schwenkt nervös von einer zur anderen Person. Auch für den Drehbuchpreis konnte „Victoria“ nicht nominiert werden, denn es gab nur einen groben Entwurf von wenigen Seiten.

Schipper überließ den Schauspielern die Improvisation. Glücklicherweise sind die meisten sympathisch, so dass man sich stellenweise auf sie einlässt. Leider ist Schippers Hauptperson aber eine Ausländerin, die er mit der hübschen Katalanin Laia Costa besetzte. Sie spielt zwar eine Bedienung in einem Berliner Café, spricht aber kein Deutsch (was Berliner nicht verwundert), so dass alle Dialoge, an denen sie beteiligt ist, in einer Art Denglisch geradbrecht werden. Um das zu verfolgen braucht man starke Nerven. Der Film hat auch eine Handlung: Sympathische Kleinkriminelle, von denen sich einer in eine spanische Klavierspielerin verliebt, werden in einen Bankraub verstrickt und enden tragisch. Bei Erscheinen des *Blättchens* werden wir wissen, ob und wie viele Filmpreise „Victoria“ gewonnen hat. Ich fürchte Schlimmstes.

„Victoria“, Regie Sebastian Schipper, seit 11. Juni in ausgewählten Kinos

\*

Die Kameraarbeit von Peter Ziesche (Jahrgang 1955) ist nicht hoch genug zu loben. Im letzten DEFA-Jahrzehnt hat er unter anderem mit Siegfried Kühn, Heiner Carow, Lothar Warneke, Frank Beyer und Roland Gräf gearbeitet, Titel wie „Die Schauspielerin“, „So viele Träume“, „Einer trage des anderen Last“, „Der Bruch“ und „Der Tangospieler“ sprechen für sich. Gute Bildgestalter (wie Kameramänner und -frauen jetzt genannt werden) haben meist eine Fotografenausbildung als Grundlage und leisten auch auf diesem Gebiet etwas. Beispielsweise war Ursula Arnold (1929-2012) jahrzehntelang Kamerafrau beim Fernsehfunk und offenbarte erst im reifen Alter, dass sie immer nebenher in Berlin und Leipzig fotografierend umherzog. Heute zählt sie zu den Großen ihrer Zunft in Deutschland. Gleiches wird man vielleicht bald von Peter Ziesche sagen, der jetzt angefangen hat, seine Fotos in die Öffentlichkeit zu bringen. Nach einer Ausstellung in der DEFA-Stiftung öffnete eine in der Berliner jW-Ladengalerie. „Zeit im Rahmen – PORTRÄTS“ heißt sie und vereint Fotos von 1979 bis 2015. Die frühesten Bilder sind Schnappschüsse aus der DDR, die von einer gewissen Melancholie geprägt sind, etwa die Obstverkäufer aus Freiberg und Bernau, die ebenso traurig sind wie ihre Früchte, oder der müde Fahrstuhlführer in der Berliner Markthalle. Dazu kommen viele Porträts prominenter Kollegen, von denen man einige tausendmal gesehen hat und neu auf sie schaut, wie es mir bei Jennifer Antoni oder Bernd Böhlich ging. Katharina und Anna Thalbach wirken wie Schwestern, und Frank Bredow, Ziesches liebster Kamera-Assi, sieht im Gewächshaus fast glücklich aus. Ziesche hat den gewissen Blick für Gesichter und Situationen, weiß selbstverständlich um die Wirkung des Lichts. Wer nicht nach Berlin kommen kann, sollte sich den Ausstellungskatalog besorgen, der ein Kleinod darstellt.

*Zeit im Rahmen – PORTRÄTS, Fotografien von Peter Ziesche, junge-Welt-Ladengalerie Berlin, Torstr. 6, bis 31. Juli; Ausstellungskatalog mit Vorwort von Michael Mäde, Verlag Wiljo Heinen, 48 Seiten, 15,00 Euro.*

bebe

---

## Einmal Harki, immer Harki

von Pierre Daum

*Die Algerier, die im Unabhängigkeitskrieg auf der Seite Frankreichs standen, sind bis heute heimlos im eigenen Land.*

Wir verlassen Tlemcen, eine Stadt im äußersten Nordwesten Algeriens, und fahren Richtung Süden. Die Straße steigt schnell an und windet sich in Serpentina in die Höhe. Ringsherum erhebt sich eine beeindruckende Berglandschaft. Ab und zu kommen wir durch ein Dorf, das sich eng an den Felsen schmiegt. Die Familien leben von einem Stück Land und einigen Tieren; in einem

halben Jahrhundert hat sich hier kaum etwas geändert. Die einzigen modernen Dinge in dieser trockenen Landschaft des Dschebel sind Mobiltelefone, Satellitenschüsseln und neuere Häuser aus Hohlbeton. Endlich erreichen wir Beni Bahdel. Das Dorf liegt etwa 40 Kilometer von Tlemcen entfernt und ist bekannt für seinen großen Staudamm, den noch die Franzosen errichtet haben.

Mit seinen 79 Jahren lebt Abderrahmane Snoussi immer noch von seinen paar Ziegen, die er jeden Morgen zum Weiden auf die Anhöhen treibt. Der alte Mann war zwischen 1959 und 1962 ein Harki – das heißt einer der Algerier, die im Unabhängigkeitskrieg 1954 bis 1962 mit der französischen Kolonialmacht kollaborierten und auf deren Seite kämpften. Zum ersten Mal erklärt sich Snoussi bereit, mit einem Journalisten über seine Vergangenheit zu sprechen. „Die Franzosen hatten hier einen sehr wichtigen Armeeposten errichtet, mit mindestens 800 Soldaten. Mein Vater, der im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte, arbeitete für sie als Übersetzer. Die FLN (Front de Libération Nationale) hat ihn 1955 umgebracht, da war ich 19. Vier Jahre später sind die französischen Soldaten zu mir gekommen. Sie nahmen meine Frau und sagten mir, ich solle mit ihnen zusammenarbeiten. Wenn nicht, würden sie meine Frau anfassen. So bin ich ein Harki geworden.“

Unter den Soldaten befand sich auch der Unteroffizier Pierre Couette, ein Wehrpflichtiger aus der Region Paris. In den vielen Briefen, die dieser junge, fromme Katholik an seine Eltern schickte, beschrieb er all die „Erniedrigungen“ und „sinnlosen Unterdrückungen“, unter denen die lokale Bevölkerung zu leiden hatte. Und er beschrieb auch Folterpraktiken wie die „Badewanne“ oder die „Tortur“, mit der der Geheimdienstoffizier der zweiten Dienststelle in Beni Bahdel gefangene Mudschaheddin, deren Frauen und überhaupt alle Personen quälte, die im Verdacht standen, FLN-Kämpfern zu helfen. Hat Snoussi diesen Folterungen beigewohnt oder sogar mitgemacht? „Nein, niemals! Ich wurde mit meiner Gruppe auf Razzia geschickt, wir haben Hinterhalte gelegt, solche Sachen. Und wenn wir einen Gefangenen gemacht haben, brachten wir ihn in die zweite Dienststelle. Aber ich bin niemals dageblieben.“

Am Tag des Waffenstillstands, dem 19. März 1962, versammelte der französische Offizier seine Harkis und verkündete: „Wer nach Frankreich gehen will, kann gehen. Und wer hierbleiben will, bleibt hier!“ Snoussi entschied sich zu bleiben. „Meine ganze Familie war hier, meine Mutter, mein Bruder. Ich konnte sie nicht im Stich lassen.“ Sobald die Franzosen abgezogen waren, stiegen die FLN-Kämpfer von den Bergen hinunter. „Sie brachten uns in die Kaserne von Sidi Larbi, 30 Kilometer entfernt, auf der anderen Seite der Berge. Das war eine ehemalige französische Kaserne, die die ALN (Nationale Befreiungsarmee, der bewaffnete Arm der FLN) in Beschlag genommen hatte.“ Dort verbrachte er 15 Tage im April 1962, zusammen mit 400 weiteren Harkis, die aus der ganzen Region kamen. „Danach haben sie uns nach und nach wieder freigelassen, und ich bin ins Dorf zurückgekehrt. In Beni Bahdel waren wir sieben Harkis. Alle leben noch heute hier.“

Snoussi gehört zu der großen Mehrheit der Harkis – mehrere hunderttausend, wenn man den Begriff weit auslegt –, die in Algerien geblieben sind und nicht umgebracht wurden. „Seit 50 Jahren haben wir uns bei dem Thema auf zwei Varianten festgelegt: Die Harkis sind entweder nach Frankreich geflüchtet oder wurden in Algerien niedergemetzelt“, erklärt der Historiker Abderrahman Moumen.

„Ohne die Gewalt und die soziale Ausgrenzung auszublenden, die viele Harkis nach der Unabhängigkeit erleben mussten, verpflichtet uns die historische Realität, eine dritte Möglichkeit in Betracht zu ziehen: in Algerien geblieben und nicht umgebracht worden zu sein.“ Diese Wahrheit wird in Frankreich nur widerwillig akzeptiert, wo die Diskussion über die „Massaker an den Harkis“ von den Nostalgikern des französischen Algerien zur Rechtfertigung alter Positionen („Man hätte Algerien nicht fallen lassen dürfen“) oder aktueller Vorurteile („Alle Araber sind Schlächter und Terroristen“) benutzt wird.

Für einen Harki, der in seinem Dorf monatelang in französischer Uniform herumstolz ist, war die Rückkehr in seine Nachbarschaft 1962 tatsächlich mit einem hohen Risiko verbunden. Die rund 60 Aussagen von Betroffenen, die wir in ganz Algerien zusammengetragen haben, ergeben ein deutliches Bild: Sobald sich die französische Armee zurückgezogen hatte (teilweise gleich nach der Verkündung des Waffenstillstands, doch meist erst nach dem 5. Juli, dem Tag der algerischen Unabhängigkeit), verhafteten die Mudschaheddin zusammen mit Kämpfern, die sich erst kurz vor

Kriegsende der FLN angeschlossen hatten (den marsiens, benannt nach dem Datum des Waffenstillstands), zahlreiche Harkis sowie profranzösische Militärs und Notabeln.

In vielen Dörfern wurden Volkstribunale errichtet und die Bevölkerung wurde aufgefordert, über die Übergriffe zu berichten, die dieser oder jener Gefangene begangen hatte. Die „Rechtssprechung“ fand in Schnellverfahren statt, die mit zahlreichen Hinrichtungen endeten.

„Ende September 1962 lief eine Gruppe aufgebrachter Männer, vor allem marsiens, mit Stöcken und Eisenstangen durchs Dorf, um Harkis zu fangen“, erzählt Hassen Derouiche, ein ehemaliger Harki aus Tifrit, einem Dorf in der Kleinen Kabylei im Nordosten Algeriens. „Sie erwischten sieben, darunter auch ein gewisser Bouzid, und wollten uns kaltmachen. Zum Glück ist ein Typ von der ALN gekommen und hat gesagt: ‚Wozu diese jungen Leute umbringen, die in der Blüte ihrer Jahre stehen? Wir werden sie der Bevölkerung vorführen. Wenn sie etwas Schlechtes getan haben, werden wir sie liquidieren. Aber wenn sie nichts Schlechtes getan haben, warum sie dann umbringen?‘“

Am nächsten Morgen wurden die sieben vier Stunden lang dem Dorf vorgeführt. „Das waren etwa 100 Leute“, erzählt Derouiche, „einige waren gar nicht gekommen. Sie wollten nicht noch mehr Nachbarn sehen, die vor ihren Augen hingerichtet wurden ...“ Nur ein Dorfbewohner meldete sich damals zu Wort: „Ich will von niemandem etwas, außer von Bouzid! Wenn ihr ihn freilässt, bring ich ihn um.“ Der Dorfchef sagte: „Dann lassen wir eine Familie allein weinen. Das geht nicht. Wir übergeben alle dem Staat. Der soll entscheiden!“ Laut Derouiche war es „nur wegen dieses Bouzids, dass wir nicht sofort freigelassen wurden“.

Die sieben Männer wurden im Gefängnis von Akbou inhaftiert. Einen Monat später wurden sie in das Zentralgefängnis von El-Harrach in Algier verlegt. Derouiche war dort fünf Jahre eingesperrt, zusammen mit 500 anderen Gefangenen. „Wir sind normal behandelt worden, nur kam es nie zu einer Verurteilung. Und wir wussten auch nicht, wie lange unsere Haft dauern würde.“ 1966 wurde er zum Straßenbau in der Nähe der Wüstenstadt Ouargla abkommandiert, wo eine extreme Hitze herrscht. 1969 wurde er schließlich freigelassen und kehrte zurück nach Hause, nach Tifrit.

Wenn sie nicht direkt den „Volkstribunalen“ vorgeführt wurden, mussten viele Harkis scharfe Verhöre über sich ergehen lassen. Die FLN stellte immer die gleichen Fragen: Warum hast du bei den Franzosen mitgemacht? Hast du dich an Zivilisten vergriffen? Hast du Mudschaheddin gefoltert?

Ghani Saroub war 1962 19 Jahre alt. Der Sohn eines Feldhüters aus Baudens (heute Belarbi) im Nordwesten Algeriens diente die letzten sechs Kriegsmonate der französischen Gendarmerie in seinem Dorf als Gehilfe. Um den 10. Juli 1962 herum kam es zu Massenverhaftungen ehemaliger Harkis in der Gegend um Baudens. Der junge Mann wurde mit Waffengewalt verschleppt und auf den Lefort-Hof gebracht.

„Wir waren 60 Harkis auf diesem Bauernhof, einige waren bereits vor mir angekommen. Vier Tage lang haben sie uns geschlagen und gefoltert. Sie haben uns mit Wasser und mit Strom gequält, genauso, wie es vorher die Franzosen gemacht haben. Von mir wollten sie unbedingt, dass ich gestehe, den Widerstandskämpfer Untel umgebracht zu haben. Der Mann war von der Gendarmerie festgenommen worden, und ich war tatsächlich dabei gewesen, aber ich habe ihm nie etwas angetan. Es war ein anderer Gendarm, der ihn in den Unterleib geschlagen hat. Er ist an inneren Blutungen gestorben. Aber weil ich es nicht mehr ausgehalten habe, hab ich gesagt, ich hätte ihn getötet. Doch nachdem sie noch andere Leute verhört hatten, wurde ihnen klar, dass das nicht stimmte. Nach vier Tagen haben sie uns alle wieder freigelassen. Niemand ist gestorben.“

Für alle diese ehemaligen Harkis war die schwerste Zeit der Sommer und Herbst des Jahres 1962, als in Algerien ein Machtkampf tobte, bei dem sich die Helden der Unabhängigkeit gegenseitig zerfleischten. Die chaotischen Zustände im Land begünstigten Gewaltausbrüche und Vergeltungsmaßnahmen, die zum Teil gar nichts mit dem gerade zu Ende gegangenen Krieg zu tun hatten.

Am 29. September 1962 bildete Achmed Ben Bella, unterstützt durch Oberst Houari Boumedienne und dessen „Armée des frontières“, eine Regierung. Doch Ben Bella brauchte noch mehrere Monate, um eine durchsetzungsfähige Polizei aufzubauen und die Verbrechen im All-

gemeinen und gegen die Harkis im Besonderen zu beenden – wenn er sie überhaupt alle verhindern wollte.

### **Seit 50 Jahren schlägt sich Athmane als Tagelöhner durch**

Am 4. Juni erklärte Ben Bella in Oran, wo kurz zuvor mehrere Harkis ermordet worden waren: „Wir haben in Algerien ein neues Kapitel aufgeschlagen. Unter uns leben 130.000 Harkis, und wir haben ihnen vergeben. Die Leute, die sich als Rächer aufspielen, begehen ihre Morde – mit der Entschuldigung, es handele sich um Harkis –, nur um dem Opfer die Armbanduhr zu stehlen. Alle Verbrecher sind festgenommen worden. Die Justiz wird diese kriminellen Akte schonungslos mit dem Tode bestrafen.“

Danach kam es zwar nicht mehr zu gewaltsamen Übergriffen, aber fast alle Betroffenen berichten, dass sie und ihre Familien seit über einem halben Jahrhundert unter einer mehr oder weniger starken Diskriminierung leiden, der sie sich ohnmächtig ausgeliefert fühlen. So auch Athmane Boudjaja, ein Bauer aus dem Aurès-Gebirge im Nordosten Algeriens, der immer noch in seinem Heimatdorf M'Chounèche lebt. 1957 wurden er und seine Familie mit Hunderten anderen von den Franzosen in einem riesigen Militärlager interniert. Ziel war es, kein einziges Bergdorf bewohnt zu lassen, in dem die Widerstandskämpfer Unterschlupf hätten finden können. Im Lager litten die Leute Hunger, und der junge Athmane begann schließlich als Harki für die Franzosen zu arbeiten, „um meiner Mutter und meinem Bruder ein bisschen Essen zu besorgen“. Sein Vater war bereits vor 1954 gestorben.

Nach Kriegsende traf er seine Mutter in M'Chounèche wieder, bekam ein winziges Stück Land am Rande des Dorfs und versuchte Arbeit zu finden. „Aber damals hat die FLN die Arbeit verteilt! Einen Posten beim Staat hab ich natürlich nie bekommen.“ Seit 50 Jahren lebt er in Armut und schlägt sich als Tagelöhner durch. Immer besteht das Risiko, dass er seinen Lohn nicht bekommt und vom Chef mit den Worten „Dreckiger Harki!“ davongejagt wird. Seine fünf Kinder, vier Mädchen und ein Junge, haben alle keinen festen Job. Die Mädchen besitzen zwar alle einen Abschluss. Aber das reicht nicht, erklärt die 40-jährige Khadjidja, die ihren Master in Soziologie gemacht hat: „Um in Algerien Arbeit zu finden, braucht man neben dem Diplom auch noch maarifa, Vitamin B. Und mein Vater hat keinerlei Beziehungen. Außerdem ist er ein ehemaliger Harki. Der Tochter eines Harkis gibt eben keiner Arbeit!“

Am anderen Ende des Landes hat Fatiha Lamri die gleiche Erfahrung gemacht. Sie wurde 1993 in Tabia, hundert Kilometer südlich von Oran, im Westen Algeriens geboren. Ihr Vater, der Sergeant in der französischen Armee war, kehrte nach dem Krieg zur Familie seiner Schwiegermutter nach Tabia zurück. Seinen Schwiegervater, der in der Kolonialzeit Gemeinderat gewesen war, hatte die ALN 1958 ermordet. Nach einigen Wochen Zwangsarbeit im Herbst 1962, bei der er Schläge und Schikanen erdulden musste, ging das Leben wieder seinen Gang. Fatihas Vater starb 2012 hochbetagt.

„In der Schule“, erzählt die junge Frau, „hat man mich immer als Tochter eines Harkis gehänselt – ‚bent harki!‘ Ich hab furchtbar darunter gelitten. Auf der Oberschule hatte ich einige Freundinnen, richtige Freundinnen. Sie wussten, dass mein Vater ein Harki gewesen war. Aber das waren enge Freundinnen, mit denen es keine Probleme gab. Die anderen haben mich weiter als Harkimädchen beleidigt. Ich hielt das nicht aus, ich wurde aggressiv.“ In ihrer Klasse gab es drei Harkikinder. Keines davon bekam die 3000 Dinar (etwa 30 Euro) Beihilfe im Monat, die normalerweise allen Oberschülern in Algerien zusteht. „In meiner Klasse bekamen alle diese Beihilfe, selbst die Reichen. Alle außer uns!“

Dabei gibt es in Algerien kein Gesetz, das den ehemaligen Harkis oder ihren Kindern staatliche Beihilfen verwehren würde. Das Wort „Harki“ taucht in keinem algerischen Gesetz auf. Dieses Schweigen, das wie eine Errungenschaft erscheinen könnte (als hätte man den Harkis „verziehen“), erweist sich als schwerwiegendes Problem. Denn es erlaubt jedem kleinen Beamten mit irgendwelchen Machtbefugnissen, seine eigenen, oft diskriminierenden Regeln gegenüber all jenen anzuwenden, die er selbst für „Verräter“ hält – ohne dass sich die Betroffenen zur Wehr setzen und auf ein Gesetz verweisen könnten, in dem klar geregelt wäre, wer ein Harki ist und wer nicht oder worauf er als Harki Anspruch hat.



In Algerien, wo sehr viele Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, muss man oft zum Rathaus, um Bescheinigungen, Sozialleistungen oder eine Krankenversicherung zu beantragen oder ein Praktikum für die Kinder zu organisieren. Weil in den Städten und Dörfern jeder weiß, wer was während der Revolution gemacht hat, laufen die Harkis und ihre Kinder ständig Gefahr, von den Behörden eine Abfuhr zu bekommen.

In den algerischen Gesetzbüchern gibt es eine einzige Anspielung auf die Harkis, und zwar im Gesetz vom 5. April 1999 „bezüglich der Mudshaheddin und der Schahid [Märtyrer]“. In Artikel 68 heißt es: „Gemäß dem geltenden Recht verlieren Personen, deren Positionen während der Revolution zur nationalen Befreiung gegen die Interessen des Vaterlands verstießen und deren Verhalten würdelos war, ihre zivilen und politischen Rechte.“ Bis heute gibt es jedoch keine Durchführungsverordnung, die eine Umsetzung dieses sehr allgemein formulierten Gesetzes ermöglichen würde. Insofern hat es nur auf dem Papier Gültigkeit. Doch es hat auf diffuse Weise zur Legitimation des Verhaltens der kleinen Beamten beigetragen, wenn diese willkürlich Harkis und ihre Kinder abstrafen, sobald sie in ihrer Behörde vorstellig werden.

Ein halbes Jahrhundert nach der Unabhängigkeit ist die Harki-Frage in Algerien immer noch ein großes Tabu. „Das Regime besitzt keine demokratische Legitimation“, erklärt die Historikerin Sylvie Thénault. „Es bezieht seine Legitimation aus der Instrumentalisierung der Heldengeschichten des Befreiungskriegs, mitsamt einer Überhöhung der Mudshaheddin und des Mythos vom unter dem FLN-Banner vereinten Volk. In diesen Erzählungen kommen natürlich – was historisch falsch ist – nur sehr wenige Harkis vor, und zwar immer in der Rolle der Verräter.“

Lydia Aït Saadi-Bouras hat eine Doktorarbeit darüber geschrieben, wie algerische Schulbücher die Geschichte des Befreiungskriegs behandeln. Sie hat festgestellt, dass die Harkis dort systematisch als diejenigen beschrieben werden, die „für die französische Armee die Drecksarbeit gegenüber den Zivilisten erledigt haben“, und zitiert aus einem Schulbuch für die 9. Klasse: Die Harkis „umzingelten die Dörfer und brannten sie nieder, sie stahlen das Eigentum der Bewohner, nachdem sie diese gefoltert und ermordet hatten. Sie haben Junge wie Alte in Militärlager verschleppt und sie unter den Augen der französischen Offiziere gefoltert.“

Auf den Schulhöfen sind Ausdrücke wie „Hark!“ , „Ya Harki“ und „Ould Harki“ (Sohn eines Harkis) geläufige Schimpfwörter, wobei den Jugendlichen der Zusammenhang mit dem Krieg oft nicht präsent ist. Die Erwachsenen hingegen benutzen den Begriff bewusst, um Beamte oder Regierungsvertreter zu schmähen, die ihren Einfluss für eigene Zwecke missbrauchen oder angeblich den „Interessen des Auslands“ dienen.

Vor zwei Jahren hat der Parteivorsitzende des Rassemblement pour la culture et la démocratie (RCD), Saïd Sadi, den Bürgermeister von Tazmalt, Smaïl Mira, angezeigt, weil dieser in einer Fernsehsendung unterstellt hatte, der Vater Sadis sei ein Harki gewesen. Der Karriere eines algerischen Journalisten hilft es nicht gerade, wenn er die alten Harkis aufsucht, um ihre Geschichten aufzuschreiben. Und in der Uni würde es kein Student wagen, dieses Thema für eine Abschlussarbeit zu wählen.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, dass es die Kinder von Harkis noch mehr als ihre Altersgenossen ins Ausland zieht. Im Dorf Tazmalt in der Kleinen Kabylei lebt der 80-jährige Smaïl Badji mit seinen Söhnen Djamel und Zahir. Er war zwischen 1956 und 1962 Harki. Seit 2004 haben die beiden Brüder immer wieder beim französischen Konsulat in Alger versucht, die französische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Sie hoffen darauf, dass sie als Söhne eines Harkis bevorzugt behandelt werden. „In Frankreich gilt doch das Geburtsortprinzip“, sagt Djamel. „Ich bin 1960 auf französischem Boden geboren! Warum habe ich keinen Anspruch auf die französische Staatsangehörigkeit? Außerdem sind wir die Söhne eines Veteranen, der für die Franzosen gekämpft hat, sogar die Enkel eines Veteranen. Unser Großvater ist von der französischen Ehrenlegion ausgezeichnet worden! Das hat uns überhaupt nichts eingebracht, weder von der algerischen noch von der französischen Seite. Für uns sind alle Türen verschlossen, in Frankreich und in Algerien!“

## **Bitterer Lohn**

Ursprünglich bezeichnete das Wort „Harki“ (vom Arabischen „haraka“ – „Bewegung“) lediglich die Mitglieder einer der fünf Kategorien von Aushilfskräften der französischen Armee, die

sich während des Algerienkriegs aus der „muslimischen“ Bevölkerung rekrutierten. Die vier anderen Kategorien waren die „mohaznis“, Mitglieder der Mobilien Sicherheitsgruppen (Groupes mobiles de sécurité, GMS), die Selbstverteidigungsgruppen und die „aâssès“ („Wächter“).

Im Laufe des algerischen Unabhängigkeitskriegs (1954–1962) wurden nach und nach alle Mitglieder der fünf Kategorien als Harkis bezeichnet, da deren Funktion und Status sehr ähnlich waren. Sie trugen zwar Uniformen und Waffen und nahmen teilweise auch an Bodenoperationen teil, aber allen war gemein, dass sie nicht als französische Militärs galten, von einem auf den anderen Tag entlassen werden konnten und ein vergleichsweise gutes Gehalt von monatlich 25.000 Franc bekamen (ein algerischer Landarbeiter auf der Farm eines französischen Kolonialisten verdiente etwa 3000).

Während des Kriegs dienten Algerier den Franzosen als Aushilfskräfte (insgesamt etwa 250.000), Wehrpflichtige (die Hälfte der jungen Algerier, etwa 120.000, folgten der Einberufung in die französische Armee) und Offiziere (50.000). Wenn man die 30.000 Zivilisten hinzurechnet, die offen Partei für Frankreich ergriffen (Abgeordnete, Bürgermeister, Polizisten, Beamte und so weiter), liegt die Zahl der erwachsenen männlichen Algerier, die während des Kriegs für die Franzosen „arbeiteten“ und nach der Unabhängigkeit dafür Rechenschaft ablegen mussten, bei etwa 450.000. Das gegnerische Lager der FLN zählte ähnlich viele Anhänger, aktive Kämpfer und Unterstützer.

Im Sommer und Herbst 1962 wurden sowohl Aushilfskräfte als auch Wehrpflichtige, Militärs und Zivilisten ermordet. Im heutigen Algerien bezeichnet der sehr beleidigende Begriff „Harki“ unterschiedslos alle Personen, die während der Revolution für die Franzosen „gearbeitet“ haben. Die Gesamtzahl der ermordeten Harkis bleibt die große Unbekannte in der Bilanz dieses Kriegs. Der Historiker François-Xavier Hautreux, dessen Arbeiten die neuesten zum Thema sind, meint, man müsse akzeptieren, dass sich die Zahlen nicht genau bestimmen lassen, und könne nur von „Massakern an mehreren tausend Algeriern“ sprechen.

Die Zahl der Harkis, die nach Frankreich emigrierten, ist indes bekannt: Es waren 25.000. Der Historiker Gilles Manceron zieht folgenden Schluss: „Die große Mehrheit der Männer, die irgendwann im Laufe des Kriegs als Harkis oder Mitglieder anderer Hilfstruppen gedient haben, lebten nach der Unabhängigkeit mit ihren Familien weiter in Algerien. Diese Tatsache, mag sie auch von vielen Missverständnissen und einem großen Schweigen umhüllt sein, ist ein integraler Teil der algerischen Geschichte.“

*Aus: Le Monde diplomatique vom 7. Mai 2015. Übernahme mit freundlicher Genehmigung des Verlages.*

---

## **Für oder gegen deutsche Kolonien?** von L. Persius

**H.** v. Gerlach hat an dieser Stelle wochenlang über seine Erfahrungen in einem kleinen Teil unsrer frühern westafrikanischen Kolonien berichtet und mit diesen Berichten, wie mir verschiedentlich zu Ohren gekommen ist, auch in den Kreisen der Kolonialgesellschaft starke Beachtung gefunden, weil er sine ira et studio auf die Licht- und Schattenseiten unsrer ehemaligen kolonialen Betätigung hingewiesen hat. Im Schlußkapitel ist er für ein Kolonialmandat Deutschlands eingetreten. Er hat sich jedoch nicht darüber ausgesprochen, wie er sich in der Praxis eine spätere kolonisatorische Betätigung Deutschlands denkt. So sei mir erlaubt, einige Ergänzungen zu geben.

Die reaktionären Parteien haben in ihr Programm „Wiedererlangung unsrer Kolonien“ aufgenommen. Die Agitation für

diesen Programmpunkt wird mit Ausdauer und Geschicklichkeit — soweit es das Inland angeht — entfaltet.

Zunächst zwei Fragen: Sind Kolonien für die deutsche Republik unbedingt notwendig? Oder gibt es Forderungen, die vorgehen? Ich glaube, daß Jeder, der sich kühlen Verstand bewahrt, die erste Frage verneinen, die zweite bejahen wird. Bevor wir vom Völkerbund — in den wir erst eintreten müßten — verlangten, daß er uns das Mandat, etwa über Ostafrika, zu teile, hätten wir mancherlei andre Bitten vorzutragen, zum Beispiel in Sachen des Saargebiets und Danzigs. Immerhin — und das ist ein Aktivposten, den die Kolonialfreunde für sich buchen dürfen — muß man besonders Frankreich gegenüber betonen, daß es empfehlenswert wäre, wenn unsern Revancheschreibern ein Feld der Betätigung außerhalb Europas bereitet würde. Theodor Wolff schreibt in seinem ‚Vorspiel‘: „Bismarck hatte, teils um die republikanischen Regierungen zu stärken, teils, um die französische Unternehmungslust abzulenken. Frankreich bei der Festsetzung in Tunis und bei seinen andern Kolonialeroberungen unterstützt. Auch der Gedanke, daß Frankreich sich Marokko aneignen könnte, war ihm keineswegs unangenehm. Frankreich habe dann viel zu tun, und wir könnten ihm die Vergrößerung des Gebietes in Afrika als Ersatz für Elsaß-Lothringen gönnen.“ In politischer Hinsicht wäre also eine solche Ablenkung unsrer nationalistischen Kreise zu begrüßen. Wie steht es jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht?

Daß Deutschland früher von seinen Kolonien wirtschaftlichen Vorteil gehabt habe, wird Niemand behaupten können. Recht erhebliche Summen hatte der Steuerzahler dafür zu opfern, daß sich die Kolonien vielleicht einmal rentieren würden. Vom Regierungstisch aus wurde immer erneut versprochen: In absehbarer Zeit werden wir aus den Kolonien das hineingesteckte Geld mit Zins- und Zinseszins wiederbekommen. Aber die Versprechungen wurden nicht eingelöst. Nur in Westafrika ernährte sich das kleine Togo aus sich selbst. Alle andern Schutzgebiete erforderten zumeist beträchtliche Zuschüsse. Und der Handel? Verschwindend gering war er, auch bis in die letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges. Auf 250 bis 280 Millionen Mark stellte sich der Wert des gesamten Außenhandels aller deutschen Kolonien.

Der Kolonialfreund wendet ein: Die wirtschaftliche Ausnutzung unsrer Kolonien begann erst 10 Jahre vor dem Kriege. Bis dahin nahm die Organisierung und Verwaltung uns völlig in Anspruch. Zunächst mußten geordnete Zustände geschaffen, das heißt: Aufstände der Eingeborenen niedergeschlagen werden; und andres mehr.

Aber wie stellt sich der Kolonialfreund nun die Zukunft vor? Sollen in den nächsten 30 Jahren erst wieder Organisationsarbeit und Verwaltung betrieben werden, sollen Leutnant und Assessor einrichten und verwalten? Jetzt erwartet der nationalistische Leser nichts andres von mir als „diese infamen Angriffe auf den Militarismus und Bürokratismus — Wasser auf die Mühlen unsrer Feinde“. Nein, einigen wir uns ohne Erregung. Wie alle kolonisierenden Völker, so haben auch wir

in unsern Schutzgebieten arg gesündigt. Aber solche Tatsachen lasse ich beiseite. Ich frage nur ganz ruhig: Soll wieder in unsern Kolonien für die im Inland unbeschäftigten Leutnants und Assessoren ein Betätigungsfeld geschaffen werden, oder soll dort der Kaufmann frei schalten und walten dürfen — soll die Flagge dem Handel folgen oder der Handel der Flagge? Sobald Klarheit darüber herrscht, daß nur der erste Fall für uns Berechtigung hat, bin ich mit dem Bestreben, Kolonien zu erlangen, einverstanden. Im britischen Reich ging stets der Kaufmann hinaus, und wenn er gute Geschäfte machte, so unterstützte ihn die Regierung, wo es nötig war. Aber diese Regierung bestand aus klugen Leuten, die sich in die Psyche der Eingeborenen versenkten, die stets unter der Devise handelten: Wie ziehe ich für mich, das heißt: für den britischen Steuerzahler den größtmöglichen Gewinn aus der Kolonie? Sie wußten, daß der Vorteil des Briten auch der Vorteil des Eingeborenen war.

Haben sich unsre Kolonialbeamten und Offiziere um die Psyche der Eingeborenen bekümmert? Fühlten sie sich intensiv als Vorkämpfer des Handels, oder hatten sie die Ansicht, daß die Eingeborenen nur ein notwendiges Übel und „der Koof-mich“ ein minderwertiges Etwas sei? Man lese daraufhin H. v. Gerlach. Ich kenne unsre sämtlichen Kolonien und darf bestätigen, daß mit geringen Ausnahmen Alles, was er über Westafrika schreibt, für die andern Kolonien auch zutrifft. Selbst in Kiautschou, dem vielgepriesenen, dominierten Militär und Beamtentum, und daß sich die Kaufmannschaft unter solcher Herrschaft nicht froh und frei entwickeln konnte, liegt auf der Hand. Wie oft habe ich von deutschen Handelsherren, zum Beispiel an der ostasiatischen Küste, auf meine Frage, warum sie sich nicht in Tsingtau ansiedelten, die Antwort gehört: „Gott behüte! Hier in der englischen Kolonie oder im international settlement in Shanghai und Tientsin lebe ich als freier Mann; meine Geschäfte gehen völlig unbehindert gut; Niemand kümmert sich um mich; keinerlei kleinliche Schikanen lähmen einen. Aber in Kiautschou die Polizei, die Beamten- und Offizierswirtschaft — nein, niemals!“ Den Niederschlag meiner Erfahrungen gab ich einmal ein wenig naiv als aktiver Korvettenkapitän — 1904 — im „Ostasiatischen Lloyd“. Da schrieb ich unter anderm: „Ich sähe es lieber, wenn der Herr Gouverneur Truppel statt der Uniform einen Zivilfrack trüge.“ Man macht sich keine Vorstellung von den Wutschreien der „lieben“ Kameraden.

Die Hauptfrage jedenfalls ist die: Werden sich künftig für die Kolonien tüchtige, unternehmungslustige Männer finden, die den Handel betreiben wollen? Vestigia terrent. Die früher übliche Behandlung unsrer Pioniere wirkt abschreckend. Am 26. November 1918 schrieb mir Herr Clemens Dänhardt:

Ich bin in Ostafrika seit dem Jahre 1884 tätig und weiß, in welcher Weise Assessorismus und Militarismus dort kolonisierten. Unter beiden habe auch ich mit meinem Bruder seit 1885 schwer zu leiden gehabt. Wir Brüder Dänhardt brachten

dem Deutschen Reich im April 1885 das große ostafrikanische Sultanat des Suaheli-Landes zu, welches vom deutschen Auswärtigen Amte unrichtig „Witu“ genannt wurde. Wir verwalteten mit dem Sultan, als seine bevollmächtigten Vertreter, das Land in Ruhe und Frieden, sodaß dem Deutschen Reich keine Verwicklungen und keine Ausgaben für dieses Schutzgebiet erwuchsen. Durch den Ihnen bekannten, am 1. Juli 1890 zwischen Deutschland und England in Berlin geschlossenen Vertrag wurde der deutsche Schutz zu Gunsten von England plötzlich zurückgezogen und dadurch das Schutzgebiet und wir Brüder preisgegeben. Der Sultan und wir sind von der Absicht unsres Kaisers: Helgoland von England zu erwerben und diesem dafür das Schutzgebiet preiszugeben, nicht in Kenntnis gesetzt worden! Assessorismus und Militarismus entschieden geheim über uns, stellten uns einfach vor die Tatsache und ließen uns alles dessen berauben, was wir vor und während der deutschen Schutzherrschaft im Suaheli-Sultanate erworben und in festem Vertrauen auf den zugesagten und ausgeübten deutschen Schutz dort angelegt haben. Ersatz für den uns zugefügten Schaden haben wir noch nicht erhalten. Der Kaiser entgegnete nicht einmal auf die Telegramme, die wir ihm an den Jubiläumstagen des Vertragsabschlusses und der Besitzergreifung Helgolands schickten. Er ist „Mehrer des Reiches“! Wir Brüder Dänhardt gaben ihm die Unterlage, das zu werden. Er hat Dank und Ruhm für die Erwerbung Helgolands auf sich vereint! Von uns, die wir ihm das ermöglichten, ist nicht die Rede gewesen. Er erwähnte uns nicht einmal als seine „Handlanger“, die ihm den Tauschgegenstand für das unermäßig wertvolle Helgoland zubrachten, und ist gegen unsre durch sein Verschulden von seiner Regierung rücksichtslos betriebene wirtschaftliche Vernichtung nicht eingeschritten. Er hat uns für die uns zugefügten großen Verluste nicht entschädigt, hat uns vom Deutschen Reich nicht entschädigen lassen. Das ist die Erfahrung, die ich mit dem deutschen Militarismus gemacht habe!

Wird unter republikanischer Regierung anders verfahren werden als unter der kaiserlichen? Bestimmt werden sich überreichlich Offiziere und Beamte anbieten, die in den Kolonien ein bequemes Herrendasein führen wollen. Aber ob sich nach solchen Erfahrungen tüchtige Handelsleute finden werden, ist zweifelhaft. Wer Bescheid weiß, wandert in die britische Kolonien. Dort ist er sicher, bei Fleiß und Ausdauer Geld zu verdienen, während die republikanischen Zustände bei uns noch nicht den Schluß zulassen, daß er in unsern Kolonien dieselbe Sicherheit hätte.

---

*Die Weltbühne, Nr. 12/1925.*

# DAS BLÄTTCHEN

Zweiwochenschrift für Politik – Kunst – Wirtschaft  
Erscheinungsweise: online  
Herausgeber: Wolfgang Sabath † und der Freundeskreis des Blättchens

Redaktion:  
Margit van Ham  
Wolfgang Brauer  
Detlef-Diethard Pries  
Wolfgang Schwarz (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 0178 . 629 70 61  
E-Mail: hwjblaettchen@googlemail.com

## **Hinweis für Autoren:**

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein.  
Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.  
Es werden keine Honorare gezahlt.  
Manuskripte bitte nur in elektronischer Form und aktueller Rechtschreibung.  
Es wird gebeten, in den Texten von Fußnoten und der Verwendung von Links abzusehen.

## **Soli-Konto:**

Wolfgang Schwarz  
IBAN: DE43120300001011452503  
BIC: BYLADEM1001  
Zweck: Blättchen-Online

Realisierung: Thomas Meyer, allroundsupport.de  
Redakteur dieser Ausgabe: Detlef-Diethard Pries  
Redaktionsschluss: 19.06.2015

---